

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B.: C. Gever.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Spadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. Juni 1931

Erste Abt.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Kraftprobe in Rom.

SPD. Kaum zwei Jahre nach dem Abschluss des Lateran-Vertrages ist zwischen der faschistischen Regierung Italiens und dem Vatikan ein Konflikt ausgebrochen, der vielleicht die schwerste Belastung für das Regime Mussolinis seit 1924 darstellt, also seit der Ermordung Matteottis und dem Strom der Enttäuschung, der damals nahe daran war, den schuldigen Diktator wegzufegen.

Die Ursachen dieses Konfliktes liegen in dem für beide Teile entscheidenden Problem der Jugenderziehung. Das Konkordat hat zwar die Vorherrschaft der Kirche auf religiösem Gebiet anerkannt, aber über die Grenzen dieses Gebietes - vielleicht nicht ohne Absicht - Unklarheiten bestehen lassen. Das Ziel des Faschismus ist, den Menschen in seiner "Totalität" - eben mit Ausnahme der Religion - zu erfassen und zu beherrschen. Von der Wiege bis zum Grabe soll er lediglich ein Werkzeug des faschistischen Staates sein, soll er keine andere Meinung haben und kennen als die des herrschenden Regimes, soll er keine Handlung begehen, die nicht dem Faschismus dient. Deshalb ist es für den Faschismus eine Lebensfrage, gerade die neue Generation, die Jugend, ganz mit seinem Geist zu erfüllen und jeden nicht-faschistischen Einfluss von den Kindern fernzuhalten.

Für die Kirche aber hat sich in der zweijährigen Praxis des Lateran-Vertrages herausgestellt, dass die Beschränkung ihres Einflusses auf die rein religiöse Erziehung ein Ding der Unmöglichkeit, ja ein Widerspruch in sich ist. Die Grundlehren des Christentums: Nächstenliebe, Friede, Barmherzigkeit stehen im schroffsten Gegensatz zu der Ideologie des Faschismus, die auf Hass, Krieg und Vernichtungswillen beruht. Die Kinder, die im Katechismus die Lehren Christi hören und denen gleich danach in der faschistischen "Balilla" die Anbetung der Gewalt nach innen und nach aussen eingetrichtert wird, müssen verwirrt und in ihrem unbedingten Glauben an die Vorschriften und Grundsätze der katholischen Religion erschüttert werden. Man kann eben nicht zweien Herren dienen, zumal wenn sie diametral entgegengesetzte Anschauungen predigen und dennoch beide restlose Unterwerfung verlangen.

Deshalb hat die Kirche versucht, ihre Jugendorganisationen nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern. Sie wollten nicht nur der religiösen Formung der Jugend dienen, sondern auch ihre geistige und sogar ihre politische Entwicklung beeinflussen. Der Faschismus aber witterte darin eine ungeheure Gefahr: er ist immer nur trotz allen gegenteiligen Behauptungen, trotz allem "Plebiszit"-Schwindel die Gewaltherrschaft einer Minderheit geblieben. Er hat zwar die Meinungsfreiheit äußerlich vollkommen ausgerottet, aber er fühlt sich nach wie vor unsicher, und er fürchtet, dass die Meinungsfreiheit in irgend einer Form und an irgend einer Stelle wieder aufleben könnte. In dem Bestreben der Kirche, die Jugend auch auf Gebieten zu beeinflussen, die über das rein Religiöse hinausgehen, erblickte der Faschismus den Versuch, ihm seine "Totalitäts"-Ansprüche auf die werdende italienische Generation streitig zu machen. Diese Gefahr mögen sogar die örtlichen Leiter des Faschismus, die

amtlichen Jugenderzieher und Führer der Arbeiterkorporationen, früher und unmittelbar empfunden haben als die Regierung Mussolinis. Sie konnten tagaus, tagein beobachten, wie die geistliche Konkurrenz ihnen die Seelen abspenstig machte, während die Spitzen der Regierung weiter das Märchen eines einträchtigen Zusammenwirkens zwischen Staat und Kirche auf der Grundlage des Konkordats aufrechtzuerhalten versuchten. Diese Gefahr bedrohte den faschistischen Staatsapparat umso mehr, als infolge der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der hohen Steuern, der Preissteigerungen die Unzufriedenheit mit dem faschistischen Regime um sich greift, die umso bedenklicher ist, als das notwendige Ventil der Meinungsfreiheit, der öffentlichen Kritik in Presse und Parlament, verstopft bleibt.

In dieser Situation musste der Faschismus die Konsequenzen ziehen. Den äusseren Anlass dazu bildeten die Enthüllungen über vertrauliche Verhandlungen in den leitenden Körperschaften der katholischen Aktion: dort soll die Parole ausgegeben worden sein, die Werbearbeit für die katholischen Ideen und Organisationen zwar vorsichtig, aber zielbewusst fortzusetzen, und zwar nur scheinbar auf religiösem, in Wirklichkeit auch auf allgemein-politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Das Beispiel Spaniens sei als Warnung gerade für die Kirche ertört worden.

Die Wirkung dieser Enthüllungen im Organ der "Korporationen", im "Lavoro Fascista" war geradezu explosiv: Misshandlungen von Geistlichen, Verprügelungen von Angehörigen der katholischen Verbände, masslose Beschimpfungen ihrer Führer in der Faschistenpresse, öffentliche Schmährufe gegen den Papst und Verbrennung seines Bildes - so reagierte ein Teil der Masse der fanatischen Faschisten und nicht wenige ihrer Unterführer. Die Gegenaktion der katholischen Seite steigerte nur die Wut der Anhänger des herrschenden Regimes. Die Regierung hat keineswegs besänftigend eingegriffen - vielleicht wollte sie es nicht, vielleicht konnte oder wagte sie es nicht mehr aus Angst vor ihren eigenen Prätorianern: sie hat zu einem grossen Schlage ausgeholt und die meisten katholischen Verbände einfach aufgelöst. Andererseits hat der Papst neben anderen demonstrativen Gegenmassnahmen Ansprachen gehalten, die wohl das Schärfste darstellen, was überhaupt seit Jahren an öffentlicher Brandmarkung des faschistischen Geistes und der faschistischen Methoden innerhalb der Grenzen dieses Zuchthausstaates ausgesprochen worden ist.

Entsprechend den Bestimmungen des Konkordats ist nun der Konflikt zum Gegenstand von diplomatischen Vorstellungen und Verhandlungen gemacht worden. Vielleicht gelingt es, auf diese Art, eine Kampfpause zu schaffen, bis die Ueberbrückung des Gegensatzes erfolgt und wieder Beruhigung eintritt. Aber selbst wenn das gelingt, es wird bestenfalls eine vorübergehende Verkleisterung des Risses zwischen Faschistenstaat und katholischer Kirche zu erreichen sein. Der oben skizzierte tiefe Widerspruch zwischen den "Totalitäts"-Ansprüchen des Faschismus und den Erziehungsgrundsätzen der Kirche ist auf die Dauer unüberbrückbar.

So paradox es auch klingen mag, die katholische Kirche stellt gegenwärtig in Italien den letzten Rest von Meinungsfreiheit und geistiger Selbständigkeit gegenüber dem Gewalt- und Spitzelregiment Mussolinis dar. In dem Vatikan besitzt der Sozialismus alles eher denn einen Freund. Aber die Sympathien der internationalen Demokratie wenden sich natürlich instinktiv denen zu, die zur Zeit allein im Stande sind, dem Faschismus Widerstand zu leisten. Die Politik des Vatikans gegenüber Mussolini war bisher reichlich undurchsichtig und oft genug unverständlich, gerade vom Standpunkt der christlichen Lehre. Sie hat allerdings durch den Lateran-Vertrag beträchtliche Vorteile für die katholische Kirche erzielt, insbesondere die prinzipielle Wiederherstellung des Kirchenstaates, wenn auch nur in sehr bescheidenen Grenzen, sowie die Anerkennung des Päpstlichen Stuhles als weltliche Macht durch seinen fast sechzigjährigen Todfeind, das italienische Königreich. Für den Vatikan war dies ein ungeheurer Erfolg, der sich nicht wieder rückgängig machen lässt. In diesem Bewusstsein stösst der Katholizismus jetzt weiter vor und begegnet dabei natürlich dem verzweifelten Widerstand des Faschismus. Wer bei dieser Kraftprobe schliesslich siegen wird, ist nicht zweifelhaft: die katholische Kirche ist in der

Geschichte nur selten unterlegen, in diesem Falle kämpft sie nicht allein, sondern mit der moralischen Unterstützung aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte Italiens und der ganzen Welt; auch solcher, die sonst keine Freunde des Katholizismus sind, die aber erkennen, dass der Faschismus unzweifelhaft der gefährlichere Feind und dass jeder Bundesgenosse gegen ihn willkommen ist.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlicht eine Erklärung, die zu den provokatorischsten Vorstössen zählt, die das Unternehmertum in der Nachkriegszeit gegen den Staat und seine Gesetze gerichtet hat. Diese Erklärung verdient besonders Interesse nicht nur wegen der Stellungnahme des Reichsverbandes zu der bevorstehenden Notverordnung, sondern vor allem auch deswegen, weil sie einen Gegenstoss gegen die starke Willenserklärung des sozialdemokratischen Parteitag gegen die Sozialreaktion darstellt, gegen das sozialistische Wirtschaftsprogramm, das der Gesamtwirtschaft dienen will und sich deshalb gegen den bisherigen Kurs der einseitig auf die Stärkung der Unternehmerrmacht gerichteten Wirtschaftspolitik richtet. Die Veröffentlichung des Reichsverbandes lautet :

"Wie der Reichsverband der Deutschen Industrie mitteilt, hat der bisher bekannt gewordene Inhalt der bevorstehenden Notverordnung in allen Kreisen der Industrie eine starke Enttäuschung und schwere Besorgnisse hervorgerufen. Man sieht in der Absicht, im Wege einer Krisensteuer eine neue direkte Belastung des Einkommens zu schaffen, einen überaus verhängnisvollen Entschluss, der sich dahin auswirken muss, dass zum Nachteil aller schaffenden Stände weitere Mittel der Kapitalbildung entzogen werden. Damit wird die Mutlosigkeit nur vergrößert und jeder Ansatz zu einer allmählichen Besserung der Wirtschaftslage erneut gefährdet. Bei aller Würdigung der Schwierigkeiten in den öffentlichen Finanzen kann die Absicht der Regierung, eine neue Besteuerung des Einkommens einzuführen, insbesondere deshalb nicht verstanden werden, weil die Regierung wiederholt und in programmatischer Form selbst erklärt hat, dass sie jede neue steuerliche Belastung für einen schweren Fehler hält.

Die kürzliche Erklärung des Reichsarbeitsministers, dass er nicht in der Lage sei, die staatlichen Schlichtungsinstanzen für weitere allgemeine Lohnsenkungen zur Verfügung zu stellen, wird in der Industrie dahin verstanden, dass der Arbeitsminister selbst von der Ueberflüssigkeit dieser Schlichtungsinstanzen überzeugt ist. Auch in Deutschland werdendie Löhne und Preise trotz aller politischen Hemmungen ganz von selbst auf das Niveau sinken, das wirtschaftlich tragbar ist, wenn erst einmal die Tarifverträge von dem politischen Zwange befreit werden, sodass wieder wie früher Arbeitsverträge unter der ausschliesslichen Verantwortung der Vertragschliessenden zustande kommen können."

Die Berufung auf die Kapitalbildung ist allmählich zum Hohn geworden. Dahinter verbergen sich die sozialreaktionären Absichten des Unternehmertums, sie ist die Proklamation des Klassenkampfes von oben. Die Stellungnahme gegen die sogenannte Krisensteuer ist schamlos. Diese Steuer wird zum grössten Teil von Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden, nicht von den Besitzenden in Deutschland. Das Opfer, das dem Besitz durch diese Krisensteuer zugemutet wird, ist lächerlich gering! Aber der Reichsverband als Vertreter des industriellen Besitzes will die Gesamtlast der deutschen Not auf die Schultern des arbeitenden Volkes legen, er will auch nicht einen einzigen geringfügigen Teil der Last auf die eigenen Schultern nehmen. Krasser ist noch niemals der Besitzegoismus zutage getreten!

Die höhnischen Worte gegen den Reichsarbeitsminister lassen die Absicht erkennen, die Politik des Lohndrucks fortzusetzen nicht nur gegen die wirtschaftliche Vernunft, sondern auch gegen das Tarifrecht. Sie sind nicht mehr und nicht weniger als die Verkündung der Absicht des Rechtsbruchs und eines bevorstehenden Versuchs des Unternehmertums, auf die Schlichtungsordnung zu

pfeifen und unter Bruch des Tarifrechts der Arbeiterschaft den Unternehmerwillen zu diktieren. Wenn Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht die Schlichtungsinstanzen in den Dienst einer zweiten Lohnabbauwelle stellen will, so wollen die Unternehmer einen Putsch gegen das Arbeitsrecht unternehmen.

Hier ist ein Signal, das der Arbeiterschaft deutlich zeigt, was ihr unter der Herrschaft des Faschismus in Deutschland bevorstehen würde. Als Tarnow auf dem Parteitag der Sozialdemokratie das Drängen der sächsischen Industriellen auf eine neue Lohnabbauoffensive brandmarkte als Sabotage an der Wirtschaft und als bewusste soziale und politische Provokation von höchster Gemeingefährlichkeit hat er bereits die treffenden Worte zur Kennzeichnung dieser Kundgebung des Reichsverbandes gefunden.

SPD. Der Stahlhelmtag in Breslau veranlasste den Reichstagsabgeordneten Sollmann beim Beginn seines Berichtes über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf dem Leipziger Parteitag zu folgenden Ausführungen

"Als die Befreiungspolitik des Kabinetts Hermann Müller zur Befreiung der Rheinlande geführt hat, hielt der Stahlhelm in Koblenz eine grosse Parade ab. In den Zeiten des Kampfes um die Rheinlande aber haben die Führer des Stahlhelm sich genau so in der Etappe herumgedrückt wie der Exkronprinz, der jetzt die Paraden des Stahlhelm abzunehmen beliebt. Ich glaube auch im Hinblick auf die neueste Parade in Breslau, dass der Parteitag der grössten deutschen Partei die Pflicht hat, auszusprechen, dass diese Partei mit ihren kriegshetzerischen Reden sich allmählich zu einem aussenpolitischen Skandal auswächst. Die Herren, die diese Paraden veranstalten und die früheren Fürsten, die dort als Staffage benutzt werden, weil sie nichts besseres leisten können, täuschen sich, wenn sie glauben, mit einem solchen Theater dem deutschen Volk und der Aussenpolitik zu nützen. Es ist höchst bedauerlich, dass der Reichspräsident der Deutschen Republik derartige Tagungen durch Danktelegramme auszeichnet, für die schliesslich auch die Regierung eine gewisse Verantwortung tragen sollte. Im übrigen bin ich überzeugt, dass der Reichspräsident selbst das Urteil über den Stahlhelm, das wir besitzen, nicht teilt. Aber wir halten den Stahlhelm trotz aller Gestenweniger für eine Organisation, die einen Revanchekrieg vorbereiten will, sondern wir sind der Auffassung, dass die Führer des Stahlhelm, ihre Geldgeber und ihre fürstlichen Protektoren, die Stahlhelmmitglieder nicht für den äusseren Krieg drillen, dass vielmehr der Hass dieser Menschen uns gilt, dass der Stahlhelm eine Organisation ist zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und zur Niedertretung der arbeitenden Massen Deutschlands. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sollten sich wohl überlegen, wie es von den Massen des Volkes empfunden wird, wenn der Reichspräsident Ehrenmitglied einer solchen Organisation ist."

SPD. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm am Dienstag, den 2. Juni, den Bericht ihrer Vertreter über die Aussprache beim Reichskanzler entgegen. Sie erblickt, wie der Deutsche Beamtenbund mitteilt, nach wie vor in einem allgemeinen Volkopfer eine gerechte Lösung, wozu jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen soll. Sie erwartet, dass die Reichsregierung auf dieser Grundlage ihre endgültigen Entscheidungen trifft.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags wurde über einen deutsch-nationalen und einen wirtschaftsparteilichen Antrag verhandelt, das geltende Tarifrecht im Wege der Gesetzgebung oder durch Verordnung abzuändern mit dem Ziel, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges wichtige Bestimmungen ausser Kraft zu setzen. Die Wirtschaftspartei will daneben noch dem Mehrheitswillen der Belegschaften der Betriebe unter allen Umständen Geltung verschaffen, d.h. auch gegen die bestehenden Tarifverträge. Ferner wünscht die Wirtschaftspartei die Vertretungsbefugnis der Gewerkschaften einzuschränken, während sie sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit für eine verstärkte Vertretungsbefugnis für Handel und Gewerbe eintritt. Die Anträge sind eingebracht am 24. und 25. Februar d.J. Schon aus diesen Daten geht hervor, dass vorher eine Verständigung oder Fühlungnahme zwischen Deutschnationalen und Wirtschaftspartei erfolgt sein muss. Der deutschnationale Abg. Dr. von Waldthausen, ein Mann von hervorragender Stellung im Bergbau, und der Wirtschaftsparteiler Dr. Schmidt-Hoepke, Redakteur der "Bergwerkszeitung" begründeten gemeinsam die vorliegenden Anträge. Von sozialdemokratischer Seite wies Abg. Brückner diese Versuche, das Tarifrecht aufzulockern, mit aller Entschiedenheit zurück. Er wies besonders darauf hin, dass es eine Zeit gab, wo die Unternehmer stets für eine ausserordentlich langfristige Dauer der Tarifverträge eintraten. Wenn es gelungen sei, der wirtschaftlichen und auch der politischen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit Herr zu werden, sei es in erster Linie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu danken. Die durch die Notverordnung der Reichsregierung herbeigeführten Lohnkürzungen seien für die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft von so schwerwiegender Natur, dass auf keinen Fall dazu noch ein Angriff allgemeiner Art auf das Tarifrecht kommen dürfte. Die Zentrums- und die Staatspartei und auch die Kommunisten schlossen sich dieser Auffassung an. Die Anträge wurden dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der Kommunisten abgelehnt. Dieser Versuch, auf dem Wege über Preussen die Reichsregierung durch den Einfluss der Berggewaltigen in der deutschnationalen Volkspartei und in der Wirtschaftspartei in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft zu stärken, sind also zunächst gescheitert.

SPD. Paris, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

In parlamentarischen Kreisen sind Gerüchte von dem Ausbruch einer Ministerkrise nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten der Republik in Umlauf. Das "Echo de Paris" erklärt diese Gerüchte für vollkommen unbegründet. Doumer werde das Kabinett gemäss der Tradition auffordern, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen, und wenn Briand, was unwahrscheinlich sei, sein Amt niederlege, habe der Ministerpräsident höchstens einen neuen Aussenminister zu ernennen

SPD. Bückeburg, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

In der am Dienstag stattgefundenen ersten Sitzung des neugewählten Schaumburg-Lippischen Landtags wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Loitsch zum Präsidenten gewählt. Die Wahl der Landesregierung konnte noch nicht erfolgen, da von den Nationalsozialisten und den Kommunisten Anträge auf Abschaffung des Staatsratspostens gestellt worden waren, bis zur Bildung der neuen Regierung wird die alte sozialdemokratische im Amte bleiben. Der Kommunist als Zünglein an der Wage liess keinen Zweifel darüber, dass er nicht gewillt ist, mit den Sozialdemokraten zu stimmen.

SPD.München, 2.Juni (Eig.Drahtb.)

Kardinal Faulhaber von München, der in seinen Predigten sich von jeher gerne mit der aktuellen Politik befasst hat, berührte bei einer nächtlichen Kundgebung vor dem Dom auch den Konflikt zwischen dem Vatikan und dem Faschismus. Die deutschen Katholiken müssten flammenden Protest gegen die Vorgänge in Rom erheben, bei denen die Freiheit der Katholischen Aktion zu Boden geschlagen worden sei. Ein Aufschrei der Entrüstung gehe durch die ganze katholische Welt, dass der heilige Vater in seiner eigenen Bischofsstadt beschimpft werden konnte. Gerade die Freunde Italiens, die den gewaltigen Aufschwung dieses Landes in den letzten Jahren mit Bewunderung und Freude beobachteten, müssten schmerzlich bedauern, dass in den Augen des Auslands durch solche Vorgänge auf den Ehrenschild des italienischen Volkes ein Schatten geworfen werde.

SPD.Madrid, 2.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Kohlenarbeiterstreik in Asturien hat noch etwas grössere Ausdehnung angenommen. Es streikten zuletzt etwa 30 Prozent der Arbeiter. Um auf alle Fälle die Ordnung aufrechtzuerhalten, ist die Guardia Zivil zusammengezogen worden.

SPD.Madrid, 2.Juni (Eig.Drahtb.)

Der bis in die späten Abendstunden hinein andauernde Ministerrat fasste eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse. So wurden die beiden höchsten Posten für Spanisch-Marokko besetzt, das Oberkommissariat und das Kommando der Truppen. Ueber die Namen der beiden ernannten Männer wird noch Schweigen bewahrt. Die marokkanischen Streitkräfte wurden um 4 Generale, 163 Offiziere, 5 800 Mannschaften und Unteroffiziere vermindert.

Um das Ansteigen der Preise infolge der Peseten-Baisse zu verhindern, ist eine interministerielle Kommission gebildet worden. Die Ausfuhr von Reis, Kartoffeln, Trockengemüse, Vieh und Fleisch wurde sofort verboten.

Der Finanzminister teilte mit, dass er den Privatbanken aufgegeben habe, binnen 48 Stunden ein vollständiges Register ihrer Bestände an Devisen und Gold sowie der bei ihnen während der letzten drei Jahre hinterlegten Depots abzuliefern.

Der Ministerrat befasste sich dann noch mit dem in einigen Tagen zu erlassenden Dekret über die Anberaumung der Wahl. Es bleibt bei dem 28.Juni als Hauptwahltermin. Am 5.Juli wird eine Nachwahl in den Fällen erfolgen, in denen wegen allzugrosser Parteizersplitterung von der Liste der relativen Mehrheit nicht die vorgeschriebenen mindestens 20 Prozent der Gesamtstimmen erreicht sein sollten. Am 9.Juli ist offizielle Stimmzählung für das ganze Land, am 13.Juli vorbereitende Sitzung der Nationalversammlung und am 14.Juli, genau 3 Monate nach dem Umsturz in Spanien, die Eröffnungssitzung.

SPD.Der Sozialdemokratische Aerztetag, veranstaltet von der "Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Aerzte Deutschlands" fand im Zusammenhang mit dem Sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig am Sonntag, den 31.Mai statt. Er wurde mit einer Begrüssungsansprache des Vorsitzenden, Stadtarzt Dr.Korach-Berlin, eröffnet. Es waren zahlreiche Vertreter verschiedener Organisationen erschienen.

Professor Dr.Knack-Hamburg hielt das Hauptreferat über das Thema "Der bürgerliche und der sozialistische Arzt". Es kam zu folgenden Schlussfolgerungen: Für die sozialdemokratischen Aerzte und die ganze sozialdemokratische Partei

gilt es, folgenden Zielen zuzustreben:

1. Ueberführung des Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Dann kann sich der Arzt wirklich unabhängig im Dienste der Gesamtheit auswirken. 2. Systematische öffentliche Gesundheitspflege und Gesundheitsfürsorge, Geburtenregelung nach eugenischen und sozialen Gesichtspunkten. Planmässige Vorbeugung und Krankheitsbekämpfung unter Berücksichtigung der sozialen Umwelt. Soziale Krankheitsforschung und soziale Therapie. 3. Weitgehende, dem Verständnis der breiten Massen angepasste hygienisch-medizinische Belehrung und Aufklärung. Umgestaltung der heutigen volksgesundheitlichen Arbeit in umfassende Volksgesundheitspflege. Ausdehnung aller gesundheitsfördernden Massnahmen auf sämtliche Teile der Bevölkerung.

An das Referat schloss sich eine längere sehr lebhaft Aussprache. Die Forderungen von Prof. Kuack fanden allseitige Zustimmung. Nach Schluss der Verhandlungen beteiligten sich die sozialdemokratischen Aerzte an der Strassendemonstration und der Eröffnung des Parteitags.

SPD. München, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Zu den gefährlichsten Feinden der demokratischen Republik zählt der militärische Befehlshaber der Hitler-Partei, der sogenannte Stabschef der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln Ernst Röhm, deutscher Hauptmann und bolivianischer Oberstleutnant a. D. Für die Republik ist die Affäre Röhm eine offenkundige Tragikomödie. Denn die Republik finanziert den Verschwörer nicht nur mit einer laufenden monatlichen Pension von 335,25 Mark, sondern sie gewährte ihm auch noch auf sein Verlangen in den Jahren 1924/28 eine Reihe von Subventionierungen, die wie bekannt geworden, zusammen 1 820 Mark betragen. Ueber diese Unterstützungen, an denen das Reichswehrministerium mit 1420 Mark und das Reichsarbeitsministerium mit 400 Mark beteiligt ist, weiss die sozialdemokratische "Münchener Post" interessante Einzelheiten mitzuteilen.

Den ersten Betrag mit 220 Mark zahlte das Reichswehrministerium am 15. September 1924 mit einer Postanweisung an Röhm, der diese Summe zum Ausgleich einer Forderung des Versorgungsamtes München-Stadt als Rückerstattung für zuviel gezahlte Pension verwenden sollte. Röhm führte aber keinen Pfennig ab und als er vom Versorgungsamt wiederholt gemahnt wurde, bat er das Reichswehrministerium um eine neue Unterstützung von 500 Mark. Er begründete dies damit, dass ihm durch seine Verurteilung im Hitlerprozess 1 700 Mark Gerichtskosten und 6 000 Mark Anwaltskosten entstanden seien, weshalb er sich jetzt in grösser Not befinde. Ausserdem sei ihm auf einer Reise von Berlin nach München ein Koffer im Werte von 1 500 Mark gestohlen worden. Das Münchener Versorgungsamt befürwortete die Gewährung einer grösseren Summe und das Bezirkswohlfahrtsamt, das die Verhältnisse des Röhm nachzuprüfen hatte, bemerkte ebenfalls: "Die Gewährung einer grösseren Summe als einmalige Unterstützung wird befürwortet." Das Reichswehrministerium war daraufhin ausserordentlich entgegenkommend und zahlte an Röhm "durch besondere Verfügung" nicht nur 500, sondern sogar 7 000 Mark Unterstützung aus (6. Mai 1925). Ein Jahr später am 20. April 1926, öffnete dann das Reichsarbeitsministerium den Beutel für Röhm und gibt ihm 100 Mark einmalige Unterstützung, dann am 1. Juli des gleichen Jahres wieder das Reichswehrministerium mit 300 Mark, dann am 5. April 1927 das Arbeitsministerium mit 300 Mark und am 17. Januar 1928 nochmals das Reichswehrministerium mit 200 Mark. Die anscheinend letzte Unterstützung mit 200 Mark bezog Röhm am 28. Mai 1928, doch steht nicht fest, woher er dieses Geld bekommen hat.

In Wirklichkeit war es also so, dass die Republik ihrem eigenen Würger einen bedeutenden Zuschuss für die Deckung der Kosten des Prozesses gab, den sie gegen ihn als Hochverräter angestrengt hatte! Das ist wahrlich eine groteske Situation. Auffallend ist, dass die Subventionierung Röhm's in die Aera

Gesslers fällt. Als Groener in das Reichswehrministerium einzog, unterliess der Hochverräter offenbar seine Anträge und zog es bald darauf vor, von München nach Bolivien überzusiedeln, bis ihn Hitler als Wehrminister der Nazipartei nach Deutschland zurückholte.

SPD. Nach dem am 17. März 1931 in Kraft getretenen deutsch-polnischen Aufwertungsdabkommen vom 5. Juli 1928 haben deutsche Versicherungsnehmer, die bei polnischen Versicherungsunternehmungen Lebensversicherungsverträge abgeschlossen haben, das Recht, Auszahlung der Aufwertungsbeträge in bar vor dem 31. Dezember 1932 zu verlangen. Voraussetzung ist, dass diese Lebensversicherungsansprüche unter die polnischen Aufwertungsvorschriften fallen. Als deutsche Stelle, welche die eingehenden Anträge an die polnischen Versicherungsunternehmungen weiterleitet, hat der Reichswirtschaftsminister das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Berlin W 15, Ludwigskirchplatz 3 - 4, bestimmt. Anträge sind demnach an dieses Amt zu richten. Das Reichsaufsichtsamt ist auch ermächtigt, die Staatsangehörigkeit der Antragsteller für dieses Verfahren bindend festzustellen.

SPD. Paris, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung des "Temps" aus Lille bemüht man sich sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, dem Streik in der Textilindustrie ein Ende zu machen. Heute vormittag haben mehrere Beratungen zwischen dem Liller Präfekten und Vertretern der Arbeitgeber stattgefunden, auf dem eine Einigungsbasis versucht aber noch nicht gefunden wurde. Die Liller Stadtverordnetenversammlung hat einen Kredit von 50 000 Frs. für die Streikenden bewilligt. Die Nachricht von einer bevorstehenden Lohnkürzung in der Metallindustrie in Roubix ist nach dem "Journal des Debats" unzutreffend. Die Industriellen hätten gestern nur einen Meinungsaustausch im Anschluss an die Veröffentlichung des neuen Indexes für den Lebensunterhalt vorgenommen.

SPD. Dortmund, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

In Verfolgung der Hagener Schiesserei zwischen Nazis und Kommunisten, bei der es 3 Tote, darunter 2 Nazis gab, hat die Essener Zentralmordkommission 19 Nazis festgenommen, die in Hagen an den Demonstrationen beteiligt waren. 5 der Festgenommenen wurden in Haft behalten, da sie dringend verdächtig sind, die Schüsse abgegeben zu haben. Weiter Verhaftungen stehen bevor.

SPD. Duisburg, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

In Duisburg mussten 10 Kommunisten wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet werden. Es wurden bei ihnen fertige Bomben, Sprengstoffe und Zündkapseln vorgefunden. Wie verlautet, sollten damit Sprengungen an öffentlichen Gebäuden vorgenommen werden.

SPD. London, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus ist nach den Pfingstferien zu einer Sitzungsperiode zusammengetreten, die reich an gesetzgeberischen Aufgaben und schwierigen Situationen sein wird,

Zunächst hat das Haus die Wahlreform zu erledigen. Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzentwurfes sind trotz des konservativen Widerstandes bisher bestehen geblieben, nämlich das Alternativ-Wahlrecht, nach dem der Wähler neben dem Kandidaten seiner Partei noch einen zweiten bezeichnen kann für den Fall, dass ersterer keine Mehrheit erlangt. Diese Bestimmung soll in erster Linie den Liberalen und der Arbeiterpartei zugute kommen. Ferner schafft das Gesetz das Pluralwahlrecht ab. Der Widerstand der Konservativen wird sich noch einmal im Unterhaus entfalten, die Regierung ist jedoch sicher, dass das Gesetz mit Hilfe der Liberalen angenommen wird. Welches Schicksal es aber im Oberhaus haben wird, ist ungewiss, wenn auch die Lords bemüht sind, der von der Arbeiterpartei für die nächsten Wahlen vorbereiteten Parole, die gegen das Oberhaus lauten wird, nicht noch mehr Unterlagen zu geben.

Die Hauptaufgabe des Unterhauses wird die Verabschiedung des Budgets sein. Für seine Behandlung hat die Regierung einen Plan eingebracht, der die einzelnen Etappen der Diskussion beschränkt. Sie ist dazu genötigt, damit das Gesetz noch einen Monat vor dem Ende der Session, die wahrscheinlich Ende Juli liegen wird, ins Oberhaus kommen kann. Die Opposition wendet sich gegen diese Massnahme, da sie reichlich Zeit zur Bekämpfung der im Finanzgesetz enthaltenen Grundwertsteuer haben will, der wichtigsten gesetzgeberischen Tat der Arbeiterregierung. Da aber diese Steuer ein alter Programmpunkt der Liberalen ist und die Arbeiterregierung sich damit die Unterstützung dieser Partei gesichert hat, braucht die Regierung nichts zu befürchten. Ueberhaupt ist ihre Lage, wie der Verlauf des diesjährigen liberalen Parteitages gezeigt hat, bedeutend gefestigt.

Dass die liberale Stütze der Arbeiterregierung unerschütterlich ist, kann man nicht sagen. Sie wird noch in dieser Sitzungsperiode eine harte Prüfung auszuhalten haben, wenn es sich darum handelt, die Verschuldungsgrenze für den Arbeitslosenversicherungsfonds zu erhöhen. Heute ist dieser Fonds mit 83 Millionen Pfund Sterling bei der Staatskasse verschuldet. Zuletzt wurde die Grenze, bis zu der der Fonds beim Schatzamt leihen darf, auf 90 Millionen Pfund erhöht. Da das Parlament Ende Juli für mehrere Monate in Ferien geht, muss vorgesorgt und eine weitere Erhöhung beantragt werden. Bei der Diskussion über diesen Antrag wird der vorläufige Bericht der Verwaltungskommission über die Sanierung dieses Fonds eine grosse Rolle spielen. Der Bericht wird in dieser Woche veröffentlicht werden. Wir haben bereits die Hauptmassnahmen, wie Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die er wahrscheinlich vorschlagen wird, dargestellt und auch den Widerstand geschildert, der sich in den Gewerkschaften, die das Hauptelement der Arbeiterpartei bilden, dagegen vorbereitet. Solche Vorschläge sich zu eigen zu machen ist für die Arbeiterregierung so gut wie unmöglich. Auf der anderen Seite stärken sie, da sie von einer so autoritativen Seite wie einer unparteilichen Verwaltungskommission kommen, nicht nur den Widerstand der Opposition gegen eine weitere Erhöhung der Verschuldungsgrenze des Arbeitslosenversicherungsfonds, sondern auch das Verlangen der Liberalen, dass die Regierung grosszügigere Reformen in ihrer Arbeitslosenpolitik unternimmt, denen der Finanzminister sich bisher erfolgreich widersetzt hat. Allerdings bleibt der Regierung, bevor sie gezwungen ist auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung irgend welche gesetzliche Massnahmen zu ergreifen, noch eine Atempause bis zum Erscheinen des endgültigen Berichtes, der nicht vor dem Herbst zu erwarten ist.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Parteitags=Stimmungsbild.

SPD. Leipzig, 2. Juni (Eig. Drahtber.)

Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages des Sozialdemokratischen Parteikongresses stand die Frage der Taktik der Partei. Im Zusammenhang damit soll der Parteitag sein Urteil fällen über das diszipliniwidrige Verhalten der 9 Abgeordneten bei der Abstimmung über den Wehretat.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch zwei grosse Referate von Breitscheid und Sollmann. Breitscheid gab einen Ueberblick über die Entwicklung der faschistischen Bewegung, die in Italien die Macht an sich gerissen hat und in Deutschland unter dem Deckmantel einer Arbeiterpartei das gleiche Ziel zu erreichen sucht. In Italien wie in Deutschland hat die faschistische Bewegung damit begonnen, dass in allen Schichten der Bevölkerung sie ihnen zusagende Versprechungen machte. Ihre Programme enthalten hohle Redensarten, mit denen sie in gleicher Weise Arbeiter und Unternehmer, Kleinbauern und Grossgrundbesitzer, Mittelständler und Schwerindustrielle zu gewinnen suchen und die von jedem Anhänger nach belieben ausgelegt werden könne. In Deutschland ist der Sozialismus lediglich ihr Aushängeschild für die reaktionären Bestrebungen. Das ist mit ein Beweis dafür, dass der Sozialismus die stärkste anziehende Kraft in unserer Zeit darstellt.

Alles das belegte Breitscheid in seinem zweistündigen, oft von lebhaftem Beifall unterbrochenen Ausführungen eingehend mit Material. Er begründete dann den Kampf der Sozialdemokratie und ihrer Reichstagsfraktion gegen den faschistischen Plan der Machtergreifung nach dem 14. September und gab dem Parteitag zahlreiche Anhaltspunkte dafür, wie dieser Kampf gegen den Faschismus für die Demokratie insbesondere durch einen stärkeren Appell an die Jugend zu weiteren Erfolgen gesteigert werden kann. In diesem Zusammenhang fand sein Hinweis, dass die Sozialdemokratie auch vor einer Aenderung des Verhältnis=Wahl=systems nicht zurückschrecken sollte, wenn das im Interesse der Demokratie liegt, allgemeine Aufmerksamkeit.

Die Frage der politischen Haltung der Sozialdemokratischen Partei seit dem 14. September wurde in dem Referat Breitscheids nur gestreift. Den Bericht über die Tätigkeit der Fraktion hatte Sollmann zu erstatten. Er wies einleitend auf die aussenpolitischen Gefahren hin, die das provozierende Auftreten der Stahlhelmer heraufbeschwören muss. Erst dieser Tage hat der Stahlhelm seine reaktionären Ziele wieder einmal in Breslau proklamiert. Auf das Telegramm, das die Leitung dieses Bundes an den Reichspräsidenten richtete, hat Herr von Hindenburg mit einem Danktelegramm geantwortet. Die sachliche Kritik, die Sollmann diesem Danktelegramm unter dem Hinweis darauf zuteil werden liess, dass die Reichsregierung dafür die Mitverantwortung trage, quittierte der Parteitag mit Zustimmung. Anschliessend hob er noch einmal das Verdienst der Sozialdemokratie und des Kabinetts Hermann Müller um die Befreiung der Rheinlande hervor und würdigte die Stimmung der jüngeren Generation, die noch zwei Menschenalter hindurch für die Sünden des kaiserlichen Deutschland bluten und Reparationen zahlen soll. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen jeden Versuch einer Interventionspolitik gegenüber Russland. Das Kennzeichen der letzten Jahre sei die schwere Wirtschaftskrise gewesen, und in Verbindung damit, die schwere politische Dauerkrise. Wenn die Sozialdemokratie in dieser Zeit auch keine besonderen sozialpolitischen Eroberungen machen können, so sei es doch schon ein grosser Erfolg, dass sie im allgemeinen die sozialen Rechte des arbeitenden Volkes erhalten können. Die Behauptung, dass die Sozialdemokratie den Boden des Klassenkampfes verlassen habe, erledigt Sollmann unter stürmischem Beifall des Parteitages mit der Frage: "Wenn bis in die kleinste Gemeinde die Vertreter der Sozialdemokratie um jede Mark für ihre Klassengenossen kämpfen ist das nicht besserer Klassenkampf, als die Leute ihn verstehen, die lange theoretische Artikel darüber schreiben?" In einem Blatt ist

kürzlich beispielsweise von dem Ausbeuterstaat Deutsche Republik gesprochen worden. Hat man dort wirklich eine Vorstellung, wie es in einem faschistischen Ausbeuterstaat aussieht? Sollmann forderte, dass nicht nur immer hervorgehoben wird, was der Sozialdemokratie an der deutschen Republik nicht gefällt, sondern man auch die grosse, sozialpolitische Leistung Deutschlands und insbesondere den Anteil, den die Sozialdemokratie daran hat, anerkennen soll.

Den Schluss seiner Ausführungen widmete der Redner der Tolerierungspolitik und dem Verhalten der neun Sozialdemokratischen Abgeordneten, die bei der Abstimmung über den Wehretat gegen die Fraktion gestimmt haben. Die Tolerierungspolitik habe die Agitation der Sozialdemokratie nicht erleichtert; umso dankbarer sei es anzuerkennen, dass sie in der Partei auf ausserordentlich viel Verständnis gestossen sei. Wenn man auch das Verhalten der 9 Abgeordneten von ihrem Standpunkt aus begreifen könne, so müsse es in seiner Wirkung doch als eine grosse provokatorische Aktion gegen die Tradition der Disziplin in der Partei bezeichnet werden. Vom Parteitag erwarten wir, dass er diesen Schritt verurteilt und zugleich die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Fraktion als geschlossene Front dem Gegner gegenüber tritt. Sollmann fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall.

Am Nachmittag begann die Diskussion. Als Wortführer der Opposition betrat zunächst Seydewitz das Rednerpult. Der Parteitag hat ihm eine verlängerte Redezeit zugebilligt. Seydewitz begann mit der Feststellung, dass der Monopol-Kapitalismus nicht mehr daran glaube, mit Hilfe der Demokratie an sein Ziel zu gelangen und er sich daher mit den Nationalsozialisten verbinde. Er zog aus dieser Erkenntnis aber nicht die logische Schlussfolgerung, dass die Arbeiterklasse angesichts der von Seydewitz geschilderten Situation umso mehr verpflichtet, die Demokratie zu verteidigen. Auch auf die von ihm selbst gestellte Frage, welchen Weg die Sozialdemokratie jetzt gehen soll, fand Seydewitz keine Antwort. Er begnügte sich mit der Forderung, dass die Sozialdemokratie ihre Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning aufgeben und damit die Bewegungsfreiheit wiedernehmen solle. Die weitere Diskussion wurde abwechselnd von Anhängern und Gegnern der politischen Linie der Partei bestritten. In ihr kam wiederholt zum Ausdruck, dass die Tolerierungspolitik eine Grenze haben muss, und diese Grenze zu ziehen ist, so bald sich die Regierung Brüning über die dringenden Lebensnotwendigkeiten der Aermsten unter den Armen, der Arbeitslosen und Rentenempfänger hinwegsetzt.

Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt. Der bisherige Verlauf lässt jedoch bereits keinen Zweifel mehr darüber, dass die übergrosse Mehrheit des Parteitages die Politik der Fraktion billigen und ihr hinsichtlich der neuen Notverordnung, deren Wortlaut bisher noch nicht bekannt ist, die erforderliche Handlungsfreiheit geben wird. Sobald sie veröffentlicht ist, wird die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit ihr eingehend beschäftigen.

Achtung, Fehlerberichtigung!

Im Parteitagsbericht, Blatt Sollmann 1, 4. Absatz, Zeile 2 muss es heissen: "einem sozialdemokratisch geführten Kabinett...."

Leipziger Parteitag.

SPD. Leipzig, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Sitzung des Parteitags beginnt kurz nach 9 Uhr mit einem Referat über die Gefahr des Faschismus von

Rudolf Breitscheid:

Der Faschismus ist eine Staatsform oder die Bewegung zu einer Staatsform hin, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorrechteten Minderheit zuerkennt. Dabei braucht auf die ausseren Formen der Demokratie nicht vollständig verzichtet zu werden, und wir sehen in der Praxis, wie um den Schein zu wahren, zu pseudoparlamentarischen Methoden gegriffen wird, die, wie z.B. das italienische Parlament, mindestens ein Mitbestimmungsrecht aller Staatsbürger vortäuschen sollen, und dadurch unterscheidet sich denn der Faschismus von der Diktatur im eigentlichen und engeren Sinne. Das wesentliche Ziel des Faschismus ist die Beseitigung der Demokratie und die Zurückweisung der Ansprüche einer klassenbewussten Arbeiterschaft.

Mussolini wird hingestellt als der Grosse, aus dessen Haupt der Gedanke der politischen und sittlichen Wiedergeburt seines Landes entsprungen ist, der bewusst mit einem fertigen Programm klar und gradlinig seinem erhabenen Ziele zustrebte, und unter dessen Führung der Bolschewismus vernichtet und Italien wirtschaftlich wieder aufgerichtet und als Grossmacht wieder hergestellt wurde. Alle Hohenzollernlegenden verblässen gegenüber dieser grandiosen Geschichtsfälschung. Mussolini hat einmal der Sozialistischen Partei angehört, aber er ist nie Sozialist gewesen. Er besass weder sozialistisches Wissen noch sozialistisches Wollen. Die Partei war für ihn nur das Fundament, von dem aus er seine egoistischen Ziele verwirklichen wollte. Nach dem Kriege war Mussolini die Rückkehr zum Sozialismus versperrt. So gründete er den Verband der Kriegsteilnehmer, die Urzelle der Faschistischen Partei. Die Thesen seiner Organisation zeichnen sich durch Programmlosigkeit und zynischen Opportunismus aus. Als das erste Experiment der Fabrikbesetzung in Italien gemacht wurde, stärkte Mussolini den Arbeitern den Rücken (lebh.: hört, hört!), und in seinem Kampf gegen die Staatsgewalt schrieb er den Satz: "Wir sind unbedingte Gegner jeder Diktatur!" Erst als die Arbeiterschaft den Kampf verloren hatte, als das Gross und Kleinbürgertum wieder anfangen ihr Haupt zu erheben, trat der Faschismus als Ordnungsstifter auf. Er wurde die Sammelstelle der Bourgeoisie, der Kriegsgewinnler und der Grundbesitzer, überhaupt aller derer, die sich an der Arbeiterschaft rächen wollten. Als Mussolini später mit 34 seiner Parteigenossen in das Parlament einzieht, ist er bereit zu einer Verständigung mit den Sozialisten. (Stürmisches Hört, hört!) Zeitweise spricht er davon, dass er sich von der Führung einer Partei, in der die Kapitalisten das grosse Wort führen, zurückziehen wolle. Dann aber setzt er doch auf die Karte des gewandelten Faschismus, weil ihm keine andere Wahl mehr bleibt und weil er es nicht vertragen kann, von d'Annunzio aus seiner Rolle als Führer verdrängt zu werden. Der Führer folgt der veränderten Gefolgschaft. Aber Vorsicht, wenn man will Feigheit bestimmen doch immer wieder sein Handeln. Der Marsch auf Rom, der den faschistischen Triumph begründet, wird ohne ihn durchgeführt. Er bleibt in der kritischen Zeit in Mailand, um der Schweizer Grenze nahe zu sein, und er erscheint in Rom erst, als der Erfolg gesichert ist, dank der Feigheit des liberalen Bürgertums, dank der erbärmlichen Schwäche der Regierung, dank der Zersplitterung und Unentschlossenheit der Arbeiterschaft.

Der deutsche Faschismus ist später entstanden. Nicht als ob bei uns unmittelbar nach dem Kriege nicht ähnliche Vorbedingungen vorhanden gewesen wären wie in Italien. Das wirtschaftliche Elend war ebenso gross. An Empörung der Krieger über die Daheimgebliebenen, die sich, während die Soldaten ihr

Blut vergossen, bereichern konnten, fehlte es nicht. (Sehr wahr!) Ebensovienig fehlte es an jenen deklassierten Existenzen, an den Menschen, die nach vier Jahren Krieg nicht wieder in das bürgerliche Leben zurückfanden, die Landsknechte waren und Landsknechte blieben. Da gab es die Freikorps, da gab es allerlei andere mehr oder weniger geheime, auf Anwendung von Gewalt und auf den Sturz der Republik gerichtete Verbände. Aber ebenso wie in Italien waren es ausser dem Lumpenproletariat in der Hauptsache mittelständlerische Schichten, die dem Hakenkreuzbanner folgten: Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte. Diese Kategorien haben sich bei uns niemals ernsthaft mit Politik beschäftigt. Sie sehen nur sich selbst und ihren engsten Interessenkreis. Einer solchen Geistes- und Gemütsverfassung entspricht natürlich auch die Bewegung, die ohne die Köpfe mit wissenschaftlichen Erwägungen zu belasten und ohne von Prinzipien zu reden, den schnellen Umschwung zum Besseren verspricht. Was diese Bewegung Neues brachte, war im Wesentlichen die Lebhaftigkeit der Propaganda und die Romantik der Ziele wie der Methoden. Was ihr zum Vorteil gereichte war das Anwachsen der Klasse, die durch die Entwicklung zum Grossbetrieb und zum Monopolkapitalismus hin ihrer Selbständigkeit mehr und mehr verlustig geht, die sich proletarisiert sieht und die doch diese Proletarisierung fürchtet und abwehren möchte.

Konstruiert wird ein Staatswesen im luftleeren Raum, in dem die diktatorische Leitung dafür sorgt, dass den Untertanen aller Kategorien das gleiche Genüge geschieht. Darat hat man dann auch eine Plattform gefunden, von der aus sich gegen die marxistischen Klassenkampfparteien reiten lässt. Daneben gibt es noch anderes. Zunächst einmal die verlogenen Darstellungen, als ob Deutschland seit dem Jahre 1919 marxistisch regiert worden ist und dass daher alle Not von der Sozialdemokratie verantwortet werden müsse. Nicht zuletzt aber wird das nationale Prinzip ins Treffen geführt. Auch das ist in der Hauptsache eine Waffe gegen die internationale Sozialdemokratie, die schwächlich, feige und verräterisch die Interessen des deutschen Volkes preisgeben. Dem Volk, das unter dem Vertrag von Versailles leidet, wird das Traumbild einer Wiederauferstehung zur alten militärischen Macht und Herrlichkeit vorgegaukelt und so getan als ob seine Verwirklichung nur von dem nationalen Willen, von der Wahrhaftigkeit und dem Kampf gegen den Pazifismus abhängt. Man stellt es dem Kleinbürger so dar, als ob Deutschland in der Lage sei sich sozusagen von der Welt abzuschliessen und ohne Rücksicht auf sie Politik zu treiben. Ein Verständnis für die wirtschaftlichen Voraussetzungen internationaler Konflikte fehlt vollständig.

In diesen Anschauungen wird einer Erkenntnis bewusst oder unbewusst aus dem Wege gegangen, nämlich der, dass die Völker gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einem grossen Organismus zusammengefasst sind. Wo man diese Beziehungen sieht, sucht man sie auf die verhängnisvollen Einflüsse des Judentums zurückzuführen und hat mit dem Antisemitismus ein neues Lockmittel für den unter dem Bankkapital und dem hohen Zinsfuss seufzenden Mittelstand. Jede Politik der Verständigung wird abgelehnt. Der einzige Weg, den es zur Verteidigung der nationalen Belange gibt, ist Gewalt.

Ob die Hitlerianer zur Macht gekommen, die praktischen Konsequenzen aus ihren so laut vertretenen Ideen ziehen würden, ist zumindest zweifelhaft.

Die Wirkung der ganzen nationalsozialistischen Agitation, die sich scheinbar mit gleicher Liebe an alle wendet, ist die sozial höchstbunte Zusammensetzung der nationalsozialistischen Partei in der vom Hohenzollernprinzen bis zum kriminellen Lumpenproletarier alles beieinander sitzt und auf die Erfüllung seiner Spezialwünsche hofft. Die Programmlosigkeit, mit der man sich noch gelegentlich besonders brüstet, ebenso wie Mussolini es getan hat, ist eines der Bindemittel für die heterogenen Bestandteile.

Von einer Partei, die sich durch kein Programm festgelegt hat, kann jeder alles erwarten wenigstens so lange sie nicht in einer Verantwortung sitzt

Es ist die Geistessträgheit und die Feigheit weiter Teile des Bürgertums, die sie aus der Verantwortlichkeit und der selbständigen Betätigung zur Demokratie in die Diktatur flüchten lässt. Mussolini ist kein Charakter, aber ein Talent der Charakterlosigkeit. Hitler ist nicht einmal das. Er hat nur seinem grossen Vorbild abgesehen, wie er sich räuspert und wie er spuckt. (Lebhafte Zustimmung).

Aber wir müssen gerecht sein: es gibt trotz allem innerhalb des Faschismus auch so etwas wie eine Ideologie. Es gibt, wenn auch nicht in der Masse der Mitläufer, so doch mindestens in einem Teil seines Kerns geistige und philosophische Triebkräfte. Sie sind bestimmt durch die starke Abkehr der letzten Jahre von dem sogenannten philosophischen Positivismus, das heisst jener Lehre, die nur die Existenz dessen zugestehen will, was mit Händen zu greifen und nach ewigen Gesetzen zu errechnen ist. Wir können hier nicht in eine Kritik eintreten; aber Tatsache ist, dass sich gegen sie eine Reaktion bemerkbar gemacht hat, die das Rechnerische, Zahlen- und Gesetzmässige verachtet, die die Kraft des persönlichen Wollens betont und bei der eben der Mythos eine so grosse Rolle spielt.

Die Führer der Hitler-Partei sind sich durchaus bewusst, dass sie auf die Dauer weder durch eine zu scharfe Betonung des Charakters ihrer Bewegung als einer Arbeiterbewegung noch durch das Festhalten an nebenhaften Formulierungen sich über Wasser halten könne. Sie suchen deshalb, wenn auch vorsichtig, so doch mit vollem Bewusstsein den Anschluss an die kapitalistische Klasse. Die Herren wären bereit gewesen, schon unmittelbar nach der Wahl vom 14. September mit den kapitalistischen Parteien gegen die Arbeiterschaft zusammenzugehen. In ihrem Uebermut stellten sie damals zunächst Forderungen, die von den Verhandlungspartnern nicht erfüllt werden konnten. Vor allem aber wurde das Zusammengehen mit den Bürgerlichen mit ihnen durch die Abwehrpolitik, zu der sich die Sozialdemokratie entschloss, aufs äusserste erschwert. Aber gerade die Unterstützung, die die Sozialdemokratie einer bürgerlichen Regierung gewährte und die diese sich gefallen liess, veranlasste den Nationalsozialismus dann zunächst noch einmal in seiner Agitation zu einer starken Herauskehrung antibürgerlicher und antikapitalistischer Tendenzen. Er griff die Sozialdemokratie wegen ihres "Verrats" von Grundsätzen an und stürmte gegen die Regierungsparteien los, weil sie sich in Abhängigkeit von den Marxisten begeben hätten. Dabei richteten sie die Schärfe ihres Schwertes namentlich gegen das Zentrum und machten auch vor der katholischen Kirche nicht halt.

Immerhin hat die Taktik der Nationalsozialisten in diesem Winter mit einem Misserfolg geendet. Und ihr Auszug aus dem Reichstag war im Grunde nur der Ausdruck dieses Fiaskos. (Lebhafter Beifall.) Zugleich war es natürlich ein Schritt, der sozusagen gewaltsam eine Lösung in ihrem Sinne herbeiführen sollte. Sie erwarteten unüberwindbare Schwierigkeiten, rechneten mit einem Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie, die nach ihrem Auszug mit den Kommunisten eine scheinbare Majorität besaßen, oder mit dem völligen inneren Zusammenbruch der Sozialdemokratie für den Fall, dass sie diese Mehrheit nicht ausnutzte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion aber haben sich nicht verleiten lassen, das Spiel ihrer Gegner zu spielen. Gewiss haben wir neue und schwere Opfer auf uns nehmen müssen, aber wir haben verhindert, dass der Wunsch der Rechten in Erfüllung ging, das Parlament arbeitsunfähig wurde und die Feinde des Parlamentarismus damit an ihr Ziel kamen.

Das aber bedeutet, dass die Hitler-Partei sich jetzt ernsthaft die Frage vorlegen muss, ob sie auf den alten Wegen weiterschreiten kann und dass sie sowohl ihre Stellung zum Kapitalismus und seinen Parteien wie ihre Kampfmethoden einer Revision zu unterziehen hat, Was die Kampfmethoden angeht, so häufen sich ihre Legalitätsbeterungen. Die sind wahrhaftig nicht sehr ernst zu nehmen, und wenn man Herrn Goebbels sagen hört, die Partei sei nur zur Legalität gezwungen, so weiss man, dass sie zur Illegalität in demselben Augen-

blick zurückkehren wird, in dem der Zwang sich etwa lockern sollte. In der Zwischenzeit sind die Nationalsozialisten mit Lugenberg zu den denkbar weitestgehenden Arrangements gelangt.

Ich sage nicht, dass die nationalsozialistische Verbrüderung mit dem Kapitalismus unmittelbar bevorsteht, ich weise nur auf die Tendenzen hin, die wir nicht ausser Acht lassen dürfen und die schliesslich auch in den nationalsozialistischen Reihen selber erkannt werden. Die Rebellion der Stennes-Leute hängt damit zusammen. Aber wir wollen uns vor der Annahme hüten, als könne die ausgesprochene Hinwendung zum Kapitalismus und das Lippenbekenntnis der Nationalsozialisten zur Legalität für die Partei sofort eine starke Erschütterung oder sogar ihre Lösung bedeuten. Das wird um so weniger dann eintreten, wenn diese Wendung zugleich eine Wendung zur Macht ist! Von dem lumpenproletarischen Prätorianertum ganz abgesehen, wird sie fürs erste alle diejenigen nicht verlieren, die von der zur Macht und politischen Einfluss gelangten Partei persönliche Vorteile erhoffen. Wir dürfen nicht vergessen, dass sie bei der Begünstigung ihrer Anhänger weniger skrupellos sein werden als wir, denn sie verhaschen nur den Parteibuchbeamten, der nicht über das Buch ihrer Partei verfügt. (Lebhafte Zustimmung)

Die Jugend ist durch den Krieg und die Wirrnisse, die ihm folgten, in das politische Getriebe hineingezogen worden. Vier Jahre lang ist die Gewalt angebetet worden. Hier bot die Hitler-Bewegung die stärksten Möglichkeiten. Sie verkündet Gewalt als höchste politische Moral, sie organisiert sie in ihren SA-Organisationen. Nehmen wir zu alledem die Erziehung, die den jungen Menschen auf unseren Schulen und Universitäten gegeben wird. Da sitzen Lehrer und Professoren, die die Demokratie und die Republik als minderwertig und verächtlich behandeln. Alles das sind Erwägungen, die angestellt werden müssen, wenn man sich die Frage vorlegt, ob die Wendung der Hitler-Partei zum Kapitalismus und zurscheinbaren bürgerlichen Wohlanständigkeit die Reihen des Nationalsozialismus stark und binnen kurzer Zeit lichten werde. Sie führen zu dem Ergebnis, dass das voraussichtlich nicht der Fall ist und daher die Ueberwindung des Faschismus eine Sache längerer Frist und angestrenzter Arbeit sein muss. Wir haben unsere ganze bisherige Abwehr in erster Linie auf die Fernhaltung der Nationalsozialisten von einer Beteiligung an der Regierung in Gemeinschaft mit bürgerlichen Vertretern eingestellt. Das Wesentliche war für uns, eine sozusagen auf friedlichem Wege zustandekommende bürgerlich-nationalsozialistische Koalition zu verhindern, und es besteht also kein Anlass, im Grundsatz die bisher angewandten Methoden zu ändern. Was zu ihrer Modifizierung veranlassen könnte, ist nicht die Änderung in dem zu bekämpfenden Gebaren des Gegners, sondern könnte nur sein die Erkenntnis, dass durch unsere Politik und ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse die Stosskraft der Sozialdemokratischen Partei so geschwächt würde, dass sie Gefahr liefe, auf die Dauer nicht mehr der Faktor im politischen Leben zu sein, der sie heute ist. Wir haben heute genau wie bisher in jedem einzelnen Falle abzuwägen, ob das, was wir selbst und die anderen uns zumuten, kein zu hoher Preis für die Abwehr des Faschismus ist. Allerdings dürfen wir auch keinen Zweifel darüber lassen, dass die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbst willen getrieben wird, dass wir in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken. Wir müssen uns und den anderen klarmachen, dass die Politik die wir seit dem November befolgt haben, ihre Grenzen hat, aber wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass Deutschland nicht das Schicksal Italiens erleidet, wo der Faschismus triumphieren konnte, weil die Regierung schwach und die sozialistische Partei innerlich zerrissen und daher entschlussunfähig war. Unsere Kritiker müssen in aller Klarheit sagen, was geschehen wird und geschehen soll, wenn Brüning stürzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Es wäre indessen falsch, wenn man im Nationalsozialismus ausschliesslich ein Elendprojekt erblicken wollte. Ihm hängen zweifellos auch Menschen an,

die sich nicht als Maulbolde ansprechen lassen, die geistige Interessen besitzen und die der Ueberzeugung sind, dass ihre Organisation tatsächlich eine moralische, wirtschaftliche und politische Neugeburt Deutschlands erstreben und auch erreichen werden. An diese Kreise muss sich unsere Aufklärungsarbeit richten. Es ist gut, wenn wir immer wieder versuchen, dem Volk das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu zeigen. Diese Kritik aber bedarf der Ergänzung durch den ständigen Hinweis auf das, was die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse und für die Gesamtheit geleistet hat und leisten will. Weisen wir immer wieder darauf hin, dass gerade die Interessen der Arbeiter nur in einem demokratischen Staate, in dem der Wille der Massen den letzten Ausschlag gibt, wahrzunehmen sind.

Allerdings muss die Demokratie sich selber zu disziplinieren imstande und entschlossen sein. Sie hat vor allem dafür Sorge zu tragen, dass wirklich feste und stabile Mehrheiten zustande kommen. Wenn in dieser Beziehung eine Änderung des Wahlsystems Erfolg versprechen sollte, so dürfen wir vor ihr nicht zurückschrecken. (Sehr gut.) Wir haben nicht zuletzt der Jugend klar zu machen dass unser Pazifismus nicht eine Angelegenheit von Schwächlingen und Feiglingen ist, sonderndass auch er eine Art von Heldentum erfordert, das sich Ziele setzt, die schöner und edler sind als diejenigen der Kriegspolitik. Nichts ist verfehlter, als auf dem Gebiete der ausländischen Politik nationalistische Ideologie entgegen zu kommen! Damit verfällt man in jene verhängnisvollen Halbheiten, mit denen man dem Nationalismus durch Entgegenkommen gewinnen will.

Die Demokratie verlangt eine Politik der Verständigung und des Friedens und verbietet es irgend einer Regierung oder einem Minister, in Handlungen oder in Worten Zugeständnisse an den Nationalismus der Hitlerianer zu machen. Ich sage ganz offen: Ich sehe im gegenwärtigen Augenblick solche Gefahren. Ich weiss nicht, ob der deutsche Aussenminister Herr Curtius der Mann ist, um ehrlich und fest entschlossen den nationalistischen Phantasien entgegenzutreten. (Hört! hört!) Verhängnisvoll für unsere ganze Aussenpolitik und damit unsere politische Zukunft wäre es, wenn man faktisch einen solchen Weg beschreiten wollte!

Ich bin der Ueberzeugung, dass, wenn wir den Faschismus überwinden wollen, nichts notwendiger ist, als die Jugend umzustimmen und zu gewinnen. Auf die Dauer kann, wenn wir in dem von mir ausgezeichneten Sinne arbeiten, der Faschismus in Deutschland nicht triumphieren! Die Sozialdemokratie hat manche Gefahren siegreich bestanden und manchen Gegner überwunden. Die Voraussetzung dafür war immer die Einigkeit! Einig und geschlossen! Allen Gewalten zum Trotz sich ernalten - Rufet die Arme der Gotter herbei. (Stürmisch langanhaltender Beifall.)

Es tritt nunmehr eine Pause von zehn Minuten ein, nach der Sollmann den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet.

Der Bericht der Reichstagsfraktion.

=====

Sollmann=Köln:

Als auf dem Parteitag in Magdeburg unser Fraktionsführer Dr. Breitscheid den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete, war deutscher Reichskanzler unser Genosse Hermann Müller. Wir trugen die Schwere und undankbare Belastung der grossen Koalition. Die Fraktionspolitik hat auf dem Parteitag zahlreiche Kritiker gefunden. Diese Kritiker können insofern einen Erfolg buchen, als wir im Reiche seit 14 Monaten nicht mehr an der Regierung beteiligt sind.

Ob diese Gegner der grossen Koalition mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europas seit unserem Ausscheiden aus der Reichsregierung zufriedener sind, darf man wohl bezweifeln. (Lebh. Zustimmung).

Und jedenfalls wage ich nicht zu hoffen, dass der Parteitag die Reichstagsfraktion mit einmütigem Beifall überschütten wird. An nur wenigen Ereignissen der vergangenen zwei Jahre können wir mit Freude denken.

Der grösste aussenpolitische Erfolg, den die Republik erzielt hat, ist einem sozialdemokratisch gefährdeten Kabinett zu danken: die Rheinlandräumung. Gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten haben die Führer unserer ausländischen Bruderparteien Macdonald=England, Vandervelde und Huysmans=Belgien und Leon Blum in Frankreich mehr für die Befreiung deutschen Bodens von fremden Truppen getan, als die Seldte, Duesterberg, Hitler, Hugenberg und alle nationalistischen Schreier Deutschlands zusammengenommen. (Stürmische Zustimmung) Ich glaube, dass unsere aussenpolitische Fraktionsarbeit in der Partei kaum umstritten ist. Auch in dem Willen, den Young=Plan anzunehmen, war die Fraktion einig. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich dem wachsenden Revisionswillen nicht entziehen; sie wird ihn führen, und gerade darum wird sie niemals zu aussenpolitischen, nationalistischen Experimenten sich hergeben. Die Ablehnung des Young=Planes würde eine aussenpolitische und eine wirtschaftliche Katastrophe herbeigeführt haben.

Diejenigen würden als erste ihr Geld im Auslande in Sicherheit gebracht haben, die am lautesten Lippenbekenntnisse für eine entschiedene Befreiungspolitik ablegten.

Dennoch müssen wir mit allem Nachdruck sagen: die Sachverständigen des Young=Planes haben falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehabt. Die deutsche Arbeiterpartei, zu der Millionen Menschen gehören, die ein Elendsleben führen, wird immer wieder im Einklang mit der internationale Ruf nach einer Lösung der Reparationsfrage erheben, die internationale Wirtschaftsbeziehungen aufbaut, statt sie zu verwüsten. Von aussenpolitischen Fortschritten zugunsten Deutschlands ist seit unserem Regierungsaustritt nichts zu spüren. Von einer Ueberlegenheit der bürgerlichen Staatskunst ist nichts zu bemerken. Die Art, wie die deutsch=österreichische Zollunion diplomatisch vorbereitet oder nicht vorbereitet worden ist, bildet kein Ruhmesblatt für die aussenpolitischen Künste der gegenwärtigen Reichsregierung. Unsere Fraktion hat an dieser verunglückten Aktion keinen Anteil. Damit ist nichts gegen das Recht Deutschlands und Oesterreichs gesagt, im Rahmen ihrer Souveränität Verträge zu schliessen. Wiederholt hat unser Aussenpolitiker Breitscheid im Reichstage Erklärungen gegen die hysterische Furcht Russlands vor einer Interventionspolitik abgegeben.

Es mag Leute geben, die das Bolschewistenexperiment von aussen her gewaltsam beenden möchten. Diese Politiker werden immer auf den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie stossen. Innerpolitisch lebten wir während der Berichtszeit in einer schweren Krise des Parlamentarismus und der Demokratie. Die gesellschaftlichen Umschichtungen erschütterten das politische Parteiwesen. Die Sozialdemokratie hat in dieser Lage Politik aus zwei klaren und

festen Willensäusserungen getrieben: Verteidigung des Lebensstandards der arbeitenden Massen und Aufrechterhaltung aller ihrer demokratischen Rechte als der besten Grundlage des Klassenkampfes in einem hochentwickelten Staate wie der deutschen Republik. Solange die Sozialdemokratie in Deutschland parlamentarisch arbeitet, hat unsere Reichstagsfraktion niemals in einer Wirtschafts- und Finanzkrise von ähnlichem Ausmasse gestanden.

Es heisst die Front vollkommen verschoben, wenn man unsere parlamentarische Arbeit beurteilt ohne stark zu betonen, welche engen Grenzen ihr in solchen Zeiten gezogen sind. Sozialpolitische Eroberungen lassen sich unter solchen Verhältnissen nicht machen. (Lebh. Zustimmung) Es ist schon ein bedeutender Erfolg, wenn bei zerrütteter Wirtschaft und Milliardenfehlbeträgen in allen öffentlichen Kassen die Sozialpolitik im wesentlichen aufrechterhalten bleibt. Die 21 Monate Kabinett Hermann Müller waren innerpolitisch erfüllt von schweren Kämpfen um die Gestaltung der Finanz- und Sozialpolitik. Wie hypotisiert starbte das Bürgertum auf zwei Ziele: Senkung der Besitzsteuer und Senkung der Soziallasten. So wurde Hilferdings Absicht, den Etat und die Reichsfinanzen zu sanieren, vernichtet. Die latente Krise im Kabinett Müller wurde im März 1930 akut.

Rückschauend ist die Haltung unserer Reichstagsfraktion glänzend gerechtfertigt, wenn sie die Steuersenkung ablehnte und auf Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bestand. Deutsche Volkspartei und andere Teile der bürgerlichen Mittelparteien wollten den Bruch der grossen Koalition. Der damalige Zentrumsführer und jetzige Reichskanzler Dr. Brüning verfolgte den grossen staatspolitischen Plan, die christlich-konservativen Kräfte der Rechten von Hugenberg zu trennen und an den republikanischen Staat heranzuführen. Brünings staatspolitische Idee erlitt sofort eine Niederlage, weil er Hugenbergs Fraktionsdiktatur nicht brechen konnte. Wie stark hochkapitalistische Interessen die neue Regierung beherrschten, zeigte der baldige Sturz Moldenhauers durch den Industrieflügel seiner Partei. Damals, am 19. Juni 1930, schrieb die "Kölnische Zeitung":

"Die Industrie will eine Sanierung der Finanzen nicht von der Steuerseite her, sondern sie will eine Entlastung der Wirtschaft durch Abbau von Löhnen und Gehältern."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dagegen am 23. Juni 1930 ein eigenes Programm gegen die Wirtschaftskrise aufgestellt.

Es ist bis heute nicht überholt und hat auch recht behalten in folgender Voraussage: "Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muss die Krise verschärfen". Mitte Juli 1930 sass die Regierung Brüning parlamentarisch fest. In klarer Erkenntnis der Gefahr einer Staatskrise stellte unsere Fraktion nur eine entscheidende Bedingung für die Weiterverhandlung der Steuerpläne: Freigabe der Kopfsteuer, gegen die der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich selbst grosse Bedenken erhoben hatte. Reichskanzler Dr. Brüning ging diesen Weg der Verhandlungen nicht er verordnete seine Steuern auf Grund des Artikels 48.

Auf unseren Antrag wurden diese Verordnungen aufgehoben. Reichstagsauflösung und neue Notverordnungen waren die Folge. Die Auflösung war ein Hasardspiel, dessen Milliardenverluste heute noch die deutsche Wirtschaft büssen muss. Die Reichstagsauflösung hat der deutschen Wirtschaft mehr gekostet, als ein rechtzeitiges Entgegenkommen an die Sozialdemokratie gekostet haben würde. (Langanhaltende stürmische Zustimmung).

Der 14. September hat eine ganz neue innerpolitische Machtgruppierung geschaffen. Unsere Reichstagsfraktion konnte nicht eine Politik betreiben, als wenn nichts geschehen wäre. Wir haben parlamentarisch nicht mehr Macht, als uns das Volk gegeben hat. Im neuen Reichstag sitzen unter 577 Abgeordneten 225 erklär-

te Anhänger der Diktatur. Daneben gibt es in den bürgerlichen Parteien Dutzende unsicherer Kantonisten. Im Oktober vorigen Jahres war die Gefahr der Übernahme der Regierungsmacht durch die Nationalsozialisten gross und unmittelbar. Die Sozialdemokratie hat diese Gefahr abgewendet. Das ist eine deutsche und eine europäische Tat.

Der Weg, den wir im neuen Reichstag eingeschlagen haben, bedeutete Opfer und Zugeständnisse. Er war aber der einzig mögliche und eine zahlenmässig starke Opposition ist unter dem Eindruck des 14. September damals nicht laut geworden. Jedermann sah, dass der Zusammenbruch des ganzen politischen Systems drohte.

Es gab nur die Alternative: Kabinett Brüning oder offene faschistische Diktatur.

Wir erzwangen die Ausschussberatung der Brüning'schen Notverordnungen. Der Kampf endete mit klaren Zugeständnissen an die Sozialdemokratie: mindestens 8 Millionen Proletarier wurden von der Arzneigeühr und Krankenscheingeühr befreit. Mindestens 8 Millionen Proletarier wurden befreit von der Bürgersteuer; ausserdem wurde sie wenigstens einigermaßen gestaffelt. In der Arbeitslosenversicherung wurden die Verschlechterungen für Millionen Jugendliche und Versicherte mit verhältnismässig kurzer Anwartschaft abgewehrt. Diesen Erfolg danken diese armen Leute allein der Sozialdemokratie! Der Reichstag hat in diesem ganzen Winter am Abgrund gestanden. Die Gefahr war vielleicht am grössten im Dezember 1930. Die Reichsregierung versuchte sie mit 25 Notverordnungen steuerlicher, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Natur zu bannen. Dass diese Notverordnungen uns in Einzelheiten nicht passen, ist klar.

Was hätte aber eine Aufhebung dieser neuen Notverordnungen bedeutet? Wir hätten selbst die erreichten Verbesserungen in der ersten Notverordnung zu Fall gebracht. Wir hätten einen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine politische Krise mit unvorstellbaren Auswirkungen herbeigeführt. (Lebhafte Zustimmung)

Die Fraktion bot in dieser Lage ein Bild voller Disziplin. Die Tolerierung dieser grossen Notverordnungen war eine politische Belastung, der gegenüber mit die Stimmenthaltung bei den paar Millionen Bauraten für Panzerschiffe harmlos erscheint. Unsere Anhänger, auch die Erwerbslosen und Wohlfahrtsgeldempfänger zeigten ein wunderbares politisches Verständnis. Sie steigerten die Aktion gegen den Faschismus. Im Parlament erreichten wir durch unsere Taktik die Isolierung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Das Zentrum und der Katholizismus traten in eine klare Kampfstellung gegen die Nationalsozialisten. Frick in Thüringen wurde gestürzt: die Preussenkoalition festigte sich zu einer geschlossenen Front gegen das faschistische Stahlhelm-Volksbegehren. Im Februar erhob sich die Mehrheit des deutschen Parlaments aus eigener Kraft zu einer Gesundungsaktion des deutschen Parlamentarismus. Die Nervosität der Rechtsparteien führte zu ihrem Auszug aus dem Parlament. Die Kommunisten, als die angeblichen Todfeinde des Parlamentarismus, schlossen sich dem Ausmarsch nicht an. Sie wissen den parlamentarischen Kampfboden sehr wohl zu schätzen und erkennen die Bedeutung der formalen Demokratie, wenn sie wirklich in Gefahr ist.

Parlamentarisch wurde die Situation für uns ruhiger, aber nicht leichter. Die Kommunisten jonglierten mit der kommunistisch-sozialdemokratischen Scheinmehrheit. Diese "Mehrheit" auszunutzen, war schon deshalb unmöglich, weil der Reichsrat gegen jeden Gesetzentwurf Einspruch erheben kann und dann eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage notwendig ist. Wenn wir die grossen gesetzgeberischen Aufgaben lösen und den Etatverabschieden wollten, war eine Verständigung zwischen den Parteien der Mitte und uns notwendig. Jede andere Taktik hätte mit der triumphierenden Rückkehr der Nationalsozialisten enden müssen. Die Reichsregierung forderte eine Ermächtigung zu Ersparnissen im Reichshaus-

halt. Wir rangen ihr das Zugeständnis ab, dass von dieser Ermächtigung alle Etatpositionen ausgenommen bleiben, die auf Gesetzen beruhen. Es galt dem Schutz der Sozialgesetze. Bei der Beurteilung der Gestaltung des Haushalts für das Reichsarbeitsministerium ist zu berücksichtigen, dass der Kürzung um 450 Millionen Mark Beitragserhöhungen zur Arbeitslosenversicherung gegenüber stehen, die das Unternehmertum ähnlich hoch belasten.

Jedenfalls hätte eine Rechtsregierung ganz andere sozialpolitische Abbaupläne verwirklicht, als die Reichsregierung Brüning unter dem Druck der Sozialdemokratie wagte.

Allein aus Mitteln der öffentlichen Versicherungsträger und des Reichs werden jetzt 7 bis 8 Milliarden im Jahre für soziale Aufgaben aufgewendet, gegen 1371 Millionen Mark im Jahre 1913. Als Karl Marx vor mehr als 80 Jahren das Wort prägte, dass die Arbeiter nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, war es eine revolutionäre Tat. Jetzt ist es, wenn es für die Gegenwart nachgebetet wird, eine stockreaktionäre Phrase! Wir müssen den Arbeitern sagen, dass die sozialpolitischen Errungenschaften eines halben Jahrhunderts zum Teufel gehen, wenn wir nicht alle Kräfte zusammenreißen.

Wir haben den Reichsarbeitsminister zu Erklärungen gegen eine Senkung der Reallöhne gezwungen, zu Erklärungen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Das von den Unternehmern und den Kommunisten gleichermaßen bekämpfte Schlichtungswesen wurde aufrechterhalten. Wir kämpften für einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung der Arbeitslosenversorgung. Bei der Wirtschaftspolitik darf nicht vergessen werden, dass wir im Reichstag eine starke Mehrheit für eine Hochschutzpolitik gegen uns haben. Wir haben uns stets und nicht ohne Erfolg bemüht, Verbraucherschutz in die Zollgesetzgebung einzubauen. Wir haben abgelehnt, dass die Reichsregierung eine allgemeine Vollmacht auf Festsetzung der agrarischen Industriezölle erhielt, was vom Reichsrat schon angenommen war. Die Industriezollermächtigung wurde von uns beseitigt. Schutzklauseln gegen die Erhöhung des Brotpreises und gegen eine allgemeine Steigerung des Preisindex wurden durch uns erzwungen. Dass diese Klauseln ein nicht unwirksames Druckmittel auf die Regierung bilden, haben die letzten Tage bewiesen.

Die Fraktion war sich darin einig, dass in Zeiten bitterster Not Anforderungen für Ersatzbauten der Marine unterbleiben müssen. Die Ersatzbauten für die Panzerschiffe waren von zwei verschiedenen Reichstagen wiederholt mit grosser Mehrheit beschlossen worden. Eine Verhinderung des Panzerschiffbaues durch uns war also ganz unmöglich.

Wir konnten nur den Sturz Groeners, den triumphierenden Einzug der Nationalisten in den Reichstag herbeiführen und ihnen die Tür zur Regierung öffnen.

Wenn wir an den paar Millionen für den Panzerkreuzer unsere Reichs- und Preussenpolitik hätten scheitern lassen, konnten sich Hugenberg und Selde die Kosten und die Blamage ihres Volksentscheids sparen und einen Dankbrief an die Reichsregierung richten, weil sie so einfältig war, die Wünsche Hugenberg und Hitlers gehorsamst zu erfüllen. So kamen wir zur Stimmenthaltung. Wir liessen aus höchsten politischen Erwägungen einen Beschluss passieren, den wir unter keinen Umständen verhindern konnten. Die Fraktion stimmte in drei Teilen: die grosse Mehrheit stimmte getreu dem Fraktionsbeschluss mit Enthaltung, etwa 20 Fraktionsmitglieder verliessen den Saal, was ihnen gestattet war, 9 Fraktionsmitglieder dagegen stimmten mit Nein, obwohl die Fraktion mit erdrückender Mehrheit beschlossen hatte, die Abstimmung nicht freizugeben.

Die sehr grosse Mehrheit unserer Reichstagsfraktion hält diese Aktion der neun für einen unerträglichen, gefährlichen, das politische Ansehen der Fraktion schwer erschütternden Disziplinbruch. Sie erwartet, dass der Parteitag den Schritt der neun verurteilt und Garantien gegen eine Wiederholung solcher Disziplinbrüche schafft.

Die Reichstagsfraktion ist eine Kampfgemeinschaft, nicht ein Diskutier-

klub, wo jeder schliesslich nach seinem Gewissen entscheiden kann. Wenn es um die Generallinie der Partei geht und das ganze politische System des Parlamentarismus, dann muss die Fraktion wie eine eiserne Front zusammenstehen. Es gibt keine Gefahr für die Einheit der Partei. Wer nach rechts oder nach links spalten wollte, springt in den Abgrund. Niemand in der Reichstagsfraktion ist von unserer jetzigen Politik begeistert. Niemand will sie länger führen als zum Schutze der Republik und zum Wohle des Arbeitervolkes notwendig ist. Wir sind nicht an Herrn Brüning gebunden. Gebunden sind wir nur an unsere politische Einsicht, die für das Arbeitsvolk in Deutschland und die Völker Europas das unabsehbare Unglück abwehren will, das eintreten muss, wenn die Demokratie in Deutschland vor die Hunde geht. (Stürmische Zustimmung).

Aus solchen Erwägungen haben wir auch gewisse Einengungen der Demokratie, wie die lange Vertagung des Reichstags und die Notverordnung gegen politisches und kriminelles Rowdytum in Kauf genommen. Insbesondere die Freidenker haben Bedenken gegen diese Notverordnung. Die Freidenker berufen sich auf das Wort von Karl Marx, dass Religion Opium für das Volk sei. Aber sie werden auch zugestehen, dass die Gottlosenpropaganda der Kommunisten gemeinster Fusel für das Volk ist. Wir sind stolz darauf, dass die sozialdemokratischen Freidenker über diese kommunistische Roheit hoch erhaben sind. Wir werden auch unseren Kampf gegen den § 218 fortführen. Wir sind nicht für Abtreibung, aber für Geburtenregelung. Es ist unser Erfolg, wenn die Strafbestimmungen seit Jahren wesentlich gemildert sind. Die Kommunisten haben bisher nichts erreicht und werden nichts erreichen.

Ich verweise auf die Entschliessung, die unsere Fraktion unmittelbar vor dem Parteitag gefasst hat. Die Reichsregierung und alle politischen Faktoren im Lande tun gut, diese Kundgebung der Fraktion besonders ernstzunehmen. Nicht nur in der Partei, sondern in wachsender Masse im ganzen deutschen Arbeitsvolk macht sich eine tiefe Enttäuschung über die Reichsregierung Brüning breit.

Mit kleinen Entscheidungen kann man grossen Dingen nicht beikommen. Wir verkennen nicht den grossen Ernst der finanziellen und politischen Schwierigkeiten Deutschlands. Aber wir sehen auch gleichzeitig die grossen Gefahren, die von hier für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und für die demokratischen und politischen Freiheiten drohen. Wir wenden uns mit allen Kräften gegen jeden Versuch, mit dem Ziel der finanziellen Sanierung den Nebenzweck des sozialen Abbaues zu verbinden. Wir sind und bleiben die besten und einzigen Stützen der Interessen der Arbeiterklasse! Die Sozialdemokratie erwartet mit gespannter Aufmerksamkeit die neuen Notverordnungen. Die Reichstagsfraktion wird in voller Freiheit und Unabhängigkeit von der Reichsregierung zu entscheiden haben, welche Stellung sie zu den Notverordnungen und zur gesamten politischen Lage einnimmt. Die Beratungen des Parteitages werden dabei unsere Haltung stark beeinflussen!

Die Wahlen der letzten Monate haben uns Rückschläge gebracht. Es war bei unserer Belastung und der Fortdauer hoher Arbeitslosigkeit kaum anders zu erwarten. Dennoch zeigt sich die Treue unserer Parteigenossen und Wähler in unserer unerschütterten Kraft. Die Kampffähigkeit und der Kampfwille unserer Partei sind ungebrochen. In unseren Organisationen schlägt das Herz der besten Männer und Frauen des deutschen Arbeitsvolkes. In jeder politischen Situation werden wir, wenn auch mit veränderter Taktik, auf allen Gebieten den zähesten Kampf für die Verteidigung der politischen, sozialen, kulturellen Rechte des Arbeitsvolkes führen, um die Kräfte für neue Offensivstösse zu sammeln. Nichts von unserer Ueberzeugung, nichts von unseren Zielen geben wir preis:

Wohl ist die Republik uns viel,

Doch Sozialismus bleibt das Ziel.

Die Republik ist uns wertvolle Gegenwart, die wir verteidigen mit aller unserer Kraft. Der Sozialismus ist uns leuchtende Zukunft, die erobert werden wird unter Führung der Sozialdemokratie! (Langanhaltender Beifall).

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

SPD. Leipzig, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Bei Beginn der Sitzung; stellt Hammer-Ludwigshafen als Vorsitzender für die Bezirksorganisation der Pfalz zunächst fest, dass der frühere Reichstagsabgeordnete Jakobshagen, der nach einer Mitteilung des Ludwigshafener kommunistischen Blattes am Montag in einer kommunistischen Versammlung erklärt haben soll, dass er auf Grund der Haltung der Opposition auf dem Parteitag aus der Partei ausgetreten und zu den Kommunisten übergegangen sei, bereits seit 2 Wochen mit einem von der KPD bezahlten Auto in der Pfalz herumgefahren ist und Organisationen bzw. Einzelmitglieder zum Abfall von der Partei zu bewegen versucht hat. Dem gegen ihn schon schwebenden Ausschlussverfahren sei Jakobshagen jetzt durch seinen Austritt zuvorgekommen. Wie man die Qualitäten dieses Überläufers in der Pfalz eingeschätzt habe, beweise die Tatsache, dass seine Kandidatur zu Reichstag bei der letzten Wahl mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden ist.

Es wird dann in die Debatte über die Referate Breitscheid und Sollmann eingetreten. Auf Vorschlag von Wels wird beschlossen, nach dem früher üblichen Brauch die gemeldeten Redner so zu verteilen, dass immer abwechselnd einer für und einer gegen die Fraktionspolitik zu Worte kommt.

Zunächst spricht mit einer Redezeit von einer halben Stunde

Reichstagsabgeordneter Seydewitz (von den Tribünen mit Beifall empfangen) Übereinstimmend mit Sollmann kann ich die Feststellung treffen, dass die sozialdemokratische Fraktion gegenwärtig in einer so schwierigen Lage ist, wie sie von früheren Fraktionen nie zu meistern war. Aus dieser Feststellung ziehe ich die Konsequenz, dass man die Entscheidungen nicht einfach mit schwarz und weiss beurteilen kann. Die Fraktionsmehrheit hat sich soviel auf ihr Verantwortungsbewusstsein zugute getan. Unter Berufung auf die Voraussetzung gute Glaubens, die Sollmann getroffen hat, erkläre ich, dass die Minderheit genau so verantwortungsbewusst gehandelt hat, wie die Mehrheit der Fraktion (Beifall auf den Tribünen). Gemeinsam mit Sollmann treffe ich auch die Feststellung, dass es bei der Entscheidung um den Panzerkreuzer nicht, wie er formuliert hat, um die paar Millionen ging. Auch unsere Entscheidung ist erfolgt auf der Basis der gesamtpolitischen und gesamtökonomischen Lage.

Ich kann die wirtschaftliche Situation jetzt nicht ausführlich darstellen aber die Vertreter der Fraktionsmehrheit haben in zahlreichen Versammlungen den Parteigenossen gesagt, in Zeiten der guten Konjunktur sei die Arbeiterklasse im Vormarsch, jetzt aber hätten wir Krisen und schlechte Konjunktur, jetzt sei uns der Zwang auferlegt, abzuwarten und auszuweichen, durchzuhalten, bis die wirtschaftliche Konjunktur sich wieder bessert und wir wieder zur Offensive übergehen können. Dieser Gedankengang ist logisch, aber die Genossen im Lande fragen, wann tritt der Zeitpunkt der neuen Offensive ein. Und da will ich nur den einen Satz aus Tarnows Referat zitieren: "Ich glaube, dass der Kapitalismus die Krise überwinden wird, aber ich kann nicht sagen, wie und wann. Wenn auch Sachkenner und Theoretiker so denken, muss mandaraus die praktischen Schlüsse für die ganze Politik ziehen. Die bisherige Taktik war auch in dem Glauben, dass wir in naher Zukunft über die Krise hinwegkommen. Ist das nicht der Fall, dann muss die Verzweiflungsstimmung der Massen wachsen,

Sollmann hat gesagt, es gibt für uns Grenzen der Tolerierungspolitik. Nach unserer Meinung war diese Grenze erreicht bei der Entscheidung über den Panzerkreuzer. Wenn die Regierung in einem Punkte der Sozialdemokratie Konzessionen machen wollte, so konnte sie es in diesem Punkte. Die Panzerkreuzerfrage ist nicht eine Frage der Staatsraison gewesen, sie war keine Lebensfrage für die Regierung in dieser Notzeit, und wenn die Regierung Brüning in dieser Frage uns keine Zugeständnisse machen wollte, so wird sie auch in allen anderen für die Arbeiterklasse wichtigen Fragen keine Zugeständnisse

machen. (Zuruf: Sie hat ja Zugeständnisse gemacht!) Man sagt, wenn wir den Panzerkreuzer abgelehnt hätten, wäre die Regierung Brüning zurückgetreten. In diesem Argument gegen uns liegt ein Widerspruch. Auf der einen Seite erklärt man uns, diese Politik der Tolerierung habe dazu geführt, die Nationalsozialisten zu isolieren, es sei gelungen, die Regierung Brüning als Schutzwall gegen die Nationalsozialisten aufzustellen. Wenn aber die Regierung Brüning ein Schutzwall gegen den Faschismus ist, und Kampfabsichten gegen die Faschisten hat, muss sie auch ein Interesse daran haben, dass der stärkste Wall gegen den Faschismus, die Sozialdemokratie, nicht geschwächt wird und hätte der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage entgegenkommen müssen bzw. hätte die Sozialdemokratie diese Konzession von der Regierung Brüning fordern können. Wenn man aber sagt, hätten wir diese Konzession gefordert, so wäre eine Regierung mit den Nationalsozialisten gekommen, so besagt das eben, dass die Regierung Brüning kein Schutzwall gegen die Nationalsozialisten ist, und wir können nicht Männer stützen, die morgen mit den Nationalsozialisten zusammengehen. Ich glaube, dass die Entwicklung seit der Abstimmung über den Panzerkreuzer unserer Auffassung recht gegeben hat.

Wir haben in der Steuerfrage keinerlei Entgegenkommen erreicht, wir haben dem Etat zugestimmt, aber acht Wochen später stehen wir vor einem neuen Defizit von $1\frac{1}{2}$ Milliarden. Wie wird Brüning dieses neue Defizit decken? Sollmann hat gemeint, wir könnten zu den neuen Notverordnungen nicht Stellung nehmen, ehe wir nicht den Wortlaut haben. Aber in zwei bis drei Tagen werden sie endgültig fertig sein, noch ehe der Kanzler nach England fährt. Und da sollte man zwei Tage vor dem endgültigen Abschluss der stärksten Partei des Reichstages nicht sagen können, was in den Notverordnungen steht? Die Sozialdemokratie hätte die Pflicht gehabt, zu fordern, dass dieser Parteitag die Möglichkeit zur Stellungnahme hat. In der letzten Fraktionssitzung haben wir eine Entschliessung angenommen, die ein grosser Teil der Fraktion schärfer formuliert wissen wollte. Da hat uns Breitscheid erklärt, wir dürften dem Parteitag nicht die Entscheidung vorweg nehmen. Jetzt erzählt man dem Parteitag, er dürfe keine Entscheidung treffen, das werde hinterher die Fraktion tun (Unruhe). Wir wissen von den Notverordnungen genug, um ohne den Wortlaut entscheiden zu können. Wir wissen, dass die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erheblich herabgesetzt und die Leistungen an die Wohlfahrtserwerbslosen stark gekürzt werden. Da hat der Parteitag die Pflicht, zu sagen, dass mit der weiteren Verschlechterung der Sozialversicherung die Grenze der Tolerierungspolitik erreicht ist (Beifall, besonders auf den Tribünen). Das Ziel der Politik der Mehrheit ist in den letzten Monaten gewesen, die Nationalsozialisten von der Regierung fernzuhalten und zurückzudrängen. Für dieses Ziel haben wir alle Opfer gebracht, aber die letzten Wochen haben uns bestätigt, dass es nicht gelungen ist, die Nationalsozialisten zurückzudrängen, und die Gefahr ihres Eintritts in die Regierung ist grösser als jemals. Nun hat uns Sollmann wieder einmal gefragt, welchen Weg wir denn der Arbeiterklasse weisen wollen, wenn wir den Sturz Brünings herbeigeführt haben. Ich möchte eine Gegenfrage stellen (Heiterkeit): Sollmann hat zugegeben, dass die bürgerlichen Parteien uns in eine andere taktische Situation hineinzwingen können. Welchen Weg wollt Ihr denn dann gehen? Dann seid Ihr gezwungen, denselben Weg zu gehen, den wir freiwillig einschlagen wollen. Oder glaubt Ihr, dann wäre der Himmel eingefallen und die Arbeiterbewegung nicht mehr? Die Sozialdemokratische Partei muss damit rechnen, dass sie von der Regierung Brüning in die Opposition gezwungen wird. Dann muss sie den Weg gehen, den wir für richtig halten. Wir fürchten, die Arbeiterschaft wäre nicht kampffähig (lebhafter Widerspruch). Ja, warum denn dann diese Angst vor den Nationalsozialisten? (Lebhafter Beifall auf den Tribünen). Der Sinn unserer Abstimmung im Reichstag war, die Grenze der Tolerierung zu zeigen. Wir treten nicht reumütig vor den Parteitag; wir sind

von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugt! Ob uns die Mehrheit morgen niederstimmt, die Entwicklung wird schon in den nächsten Wochen die Gesamtpartei auf den Weg zwingen, den wir gehen wollten. Nicht Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit hat unser Handeln bestimmt, sondern die Sorge um die Partei und um die Arbeiterbewegung, die Sorge um die Einheit der Partei! (Widerspruch und Unruhe, stürmischer Beifall auf den Tribünen.)

Toni Sender; Seydewitz hat geklagt, es sei uns nicht gelungen, den Faschismus zurückzudrängen. Die ungeheure Demonstration am Sonntag hat bewiesen, dass die deutsche Arbeiterklasse nicht gewillt ist, freiwillig dem Faschismus das Feld zu räumen. Trotz der Tolerierungspolitik sind wir seit dem 14. September erstarkt. Es war gewiss eine der schwersten Entscheidungen im Leben der Partei, eine Regierung zu tolerieren, die wir aufs schärfste bekämpft hatten und weiter bekämpfen müssen. Aber andernfalls hätten wir dem Kapitalismus neue Waffen in die Hand gesteckt (Sehr wahr). Eine andere Haltung nach dem 14. September hätte alsbald die faschistische Diktatur bedeutet, die Vernichtung der Freiheit, die Vernichtung aller kulturellen Werte der Menschheit, ein Dasein bar jeder Menschenwürde, den Tod jedes freien Lebens und Denkens. Wir kennen den Wortlaut der neuen Notverordnung noch nicht, aber die Tendenz und die wesentlichsten Bestandteile dieser Notverordnung. Und darum müssen wir auf dem Parteitag zu den Absichten der Regierung Stellung nehmen. Der Parteitag muss dieser Regierung ein Halt entgegenrufen. Sie darf diese reaktionären Massnahmen nicht durchführen, sofern sie Wert darauf legt, dass Deutschland nicht in ein Chaos gerät. Die neue Notverordnung erreicht in ihren wesentlichen Teilen die Grenze des für die Sozialdemokratie Ertragbaren (Stürmischer Beifall).

Rosenfeld-Berlin: Wir sind alle einig in der Ueberzeugung, dass es gilt, den Faschismus zu besiegen und die Demokratie zu behaupten. Aber über den richtigen Weg gehend die Meinungen auseinander. Sollmann sagte, ohne Sozialdemokratie keine starke Demokratie. Gewiss, aber das parlamentarische System beruht nicht darauf, dass ein Parlament da ist, sondern auf dem Vertrauen der Massen zu diesem System. Und die Politik der Mehrheit ist geeignet, das Vertrauen der Partei zu erschüttern (Widerspruch). Als vor dem Kriege die Budgetbewilligung zur Entscheidung stand, tauchte auch die Frage des Disziplinbruchs auf, und wer weiss, ob wir nicht bei Kriegsausbruch und nachher die ganze Parteispaltung vermieden hätten, wenn etwas mehr Toleranz bei der Mehrheit vorhanden gewesen wäre (Zuruf: Sie wärendoch für den Ausschluss). Ich warne davor, die Disziplin zu überspitzen. Das kann nur die Partei schädigen. Will man das Vertrauen der Massen, so muss man mit der Tolerierungspolitik Schluss machen (Zuruf: Parteiausschussbeschluss). So wie Sollmann berufe auch ich mich auf unsere alten Vorkämpfer. Entscheiden wir uns im Geiste der Entschlossenheit eines Bebel und Wilhelm Liebknecht, aber auch eines Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs (Lebhafter Beifall bei der Minderheit und auf den Tribünen).

Hoegner-München: Ich will nicht vom Panzerkreuzer sprechen, sondern von den Gewehren und Maschinengewehren der Nationalsozialisten, die in Bayern auf uns gerichtet waren und morgen in ganz Deutschland auf die Arbeiter gerichtet sein können. Unsere Brüder nördlich des Mains haben die nationalsozialistische Gefahr jahrelang sträflich unterschätzt. Sie haben mit staunendem Lächeln gelesen, wie hinten in der oberbayerischen Türkei Nazis und Kozis aufeinander losschlagen. Viele norddeutschen Genossen glauben noch jetzt, Faschismus sei gar nicht so schlimm, man müsse ihm vor allem eine starke proletarische Macht gegenüberstellen. Aufgrund meiner Erfahrungen sage ich euch, es ist sträflicher Leichtsinn, und wenn es in der inneren Parteitaktik geschieht, eine kapitale Dummheit und ein politisches Verbrechen (Beifall). Agitatorisch sind wir gegenüber den Nationalsozialisten durch die ungeschickte Behandlung der Reparationsfrage ins Hintertreffen geraten. Natürlich konnten wir in der Aussenpolitik angesichts der Machtverteilung eine andere Linie nicht einhalten, aber wir haben uns doch allen fatalistisch mit den Kriegslasten abgefunden und allzu einseitig

die Vorzüge der eigenen Pläne entwickelt. Gegen den Spruch der Waffenstillstandskommission gegen die Verletzung der 14 Punkte haben 1919 gerade die Sozialdemokraten den schärfsten Einspruch erhoben. Seitdem haben wir unsere grundsätzliche Stellungnahme viel zu wenig betont. Wie viele deutsche Wähler mögen wissen, dass bereits in 1922 gerade die sozialistische Fünf-Länderkonferenz die Annullierung aller Kriegsschulden gefordert hat. Ich bestreite gegen Nölting, dass man heute mit nationalen Tönen keinen Hund mehr hervorlockt. Die wertvollsten Kräfte der deutschen Jugend sind aus rein nationalen Gründen im Lager der Hitler-Partei, weil sie deren nationalen Betrug noch nicht durchschaut haben. Die Veränderung des Antlitzes der Erde wird vor allem durch die geistigen und sittlichen Kräfte herbeigeführt. (Beifall)

Künstler-Berlin: Auch die Minderheit der Reichstagsfraktion bekennt sich zu verantwortungsvoller Arbeit. Wir halten den Panzerkreuzerbau in dieser Notzeit nicht nur für eine Verschwendung, sondern für eine Provokation der notleidenden Erwerbslosen, die alle Opfer an Gut und Blut für die Republik nicht gespart haben. Treibt die Regierung Brüning eine Politik, die gegenüber dem Volk und der Republik verantwortungsbewusst ist? Die Frage stellen heisst sie verneinen. Wir haben, um die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten, gewiss viel grössere Opfer gebracht, als die paar Millionen für den Panzerkreuzer. Aber der Panzerkreuzer war doch ein Politikum ersten Ranges, schon weil er nur ein Stück aus dem Flottenersatzbauprogramm ist, das bis 1938 reicht. Aber gleichviel welchen Standpunkt wir einnehmen, es ist unanständig, einem Parteigenossen abzustreiten, dass er aus Sorge um den Bestand der Partei und der Arbeiterklasse handelte. Niemand hat das Recht, Beschlüsse der Mehrheit allein für sich umzustossen. Gerade in schwerer Zeit stehen Disziplin und Einigkeit im Kampfe über allem (Lebhafte Zustimmung). Wäre nicht der Disziplinbruch gekommen, hätten wir hier unsere sachlich scharfe Anschauung vertreten und zum Siege führen können. Jetzt steht der Disziplinbruch im Vordergrund. Ich möchte wohl sehen, was Genosse Seydewitz im Zwickauer Bezirk macht, wenn einzelne Ortsgruppen mutwillig Beschlüsse der Bezirksleitung sabotieren. Ich kann nicht von den einfachen Genossen Disziplin verlangen, wenn ich als Bezirksvorsitzender und Abgeordneter nicht mit gutem Beispiel vorangehe. (Stürmischer Beifall) Der Disziplinbruch hat der sachlich scharfen Kritik an der Politik der Fraktionsmehrheit den grössten Schaden zugefügt. Mit Disziplinbrüchen und Sonderbesprechungen hat von jeher die Spaltung der Partei begonnen. In der deutschen Sozialdemokratie wird es in Zukunft Sonderkonferenzen und Disziplinbrüche nicht mehr geben. Schon wird im "New Leader" berichtet, dass der linke Flügel aller sozialdemokratischen Parteien Europas zur Vorbereitung des Wiener Internationalen Sozialistenkongresses eine Zusammenkunft in Amersforts abgehalten habe. Ich hoffe, dass Rosenfeld und Seydewitz mit mir derartigen Treibereien entgegentreten. Ich bitte, dass die Reichstagsfraktion daran festhält, dass, wenn einem die Teilnahme an der Abstimmung nicht möglich erscheint, man schweigend hinausgehen kann. Wir müssen Fraktionsdisziplin halten, aber die Fraktionsdisziplin soll uns kein Joch auferlegen. (Stürm. Beifall)

Crispien: Seydewitz hat uns prophezeit, eines Tages käme doch der Bruch mit der Regierung und dann müssten wir seinen Weg gehen. Die Reichstagsfraktion hat Seydewitz eine besondere Redezeit gegeben, damit er ihr endlich diesen seinen Weg beschreibe. Aber er hat es bis heute nicht getan. In Wahrheit läuft der Plan Seydewitz' darauf hinaus, die Macht den Faschisten auszuliefern und der Arbeiterklasse nur die illegalen Kampfmittel zu erhalten. Demgegenüber kämpfen wir dafür, der Arbeiterklasse die legalen Kampfmittel zu bewahren sollte man versuchen, sie ihr zu nehmen. Aber selbst dann ist es noch ein grosser Unterschied, ob wir von der Gewalt des Feindes auf diesen Weg gezogen werden, oder ob wir freiwillig den Verlust der gesetzlichen Sicherung der Arbeiterrechte herbeiführen. Rosenfeld hat sich auf Bebel, Marx und Lieb-

knecht berufen. Ich möchte ihm dringend empfehlen, einmal Marx als Politiker zu studieren; gerade von dem Politiker Marx stammt die Anweisung, alle Gegensätze im bürgerlichen Lager auszunützen, den minder schlimmen Teil der Bourgeoisie gegen den schlimmsten Feind auszuspielen. Gerade Marx ist der Vater auch der Taktik des Ausweichens und Abwartens, und gerade Karl Marx ist seinerzeit genau so als entschlossloser Opportunist zitiert worden, wie es heute mit den Vertretern derselben Taktik geschieht. Bei der Panzerkreuzerfrage ist das einzig Richtige: werde ich gegen die Fraktion stimmen im offenen Kampfe gegen den Faschismus in einer Zeit, wo es gilt, den breiten Massen ein Beispiel für die Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu geben (lebhafteste Zustimmung). Ich hoffe, dass der Parteitag einen Beschluss fasst, der diese Dinge für die Zukunft unmöglich macht. Hat Rosenfeld sich im Unterbewusstsein etwa vorgenommen, eine solche Handlung noch einmal zu wiederholen? Ich sage, es gibt eine Grenze der Toleranz, wenn sich die Partei nicht aufgeben will im Kampfe um die nackten Lebensinteressen des Proletariats. (Lebhafteste Zustimmung). Unsere Taktik muss auch Verständnis zeigen für die Millionen, die noch nicht bei uns sind. Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht entbrennen an der Panzerkreuzerfrage, sondern er soll entbrennen an der sozialen Frage, um eine klare Front zwischen Kapital und Arbeit in diesem Kampfe herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Fleissner-Dresden: Die Frage der Zoll- und Handelspolitik der deutschen Reichsregierung findet leider viel zu wenig Beachtung in der Partei. Man scheint zu denken, es komme auf etwas mehr oder weniger Zoll garnicht mehr an. Das ist gefährlich. Man hat gewisse Hoffnungen auf das Zollermächtigungsgesetz gesetzt, dem die Sozialdemokratie nur zugestimmt hat, nachdem einige Vorbehalte aufgenommen waren. Man sprach davon, dass sie einen Verbraucherschutz bedeuteten. Diese Illusion muss nach den Erfahrungen mit der Brotverteuerung aufgegeben werden. Unsere Parole muss sein: Herunter mit den Zöllen! Gerade in dieser Frage nimmt die Regierung Brüning nicht die geringste Rücksicht auf unsere Partei. Brüning hat sogar erklärt, es sei bemerkenswert, dass trotz der grossen Arbeitslosigkeit keine Tumulte in der deutschen Arbeiterschaft entstanden seien. Das klingt wie Hohn und ist ein Spiel mit dem Feuer. (Sehr wahr!) Welcher Widersinn besteht zwischen der preisverteuernden Zoll- und Wirtschaftspolitik und den angeblichen Preisabbaubestrebungen! Dabei bringt diese Zollpolitik nicht einmal den Landwirten Hilfe, sondern nur einer kleinen Schlicht von Grossgrundbesitzern. Diese Zollpolitik muss zu einer vollständigen Verrückung des deutschen Wirtschaftslebens führen. Auch hier sind wir bis an die äusserste Grenze der Tolerierung der Regierung Brüning herangegangen und müssen Schluss mit dieser Tolerierung machen. (Beifall bei der Minderheit)

Die Debatte wird auf Mittwoch vertagt.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Rosenfeld gegenüber Künstler fest, dass niemand von den Gegnern der Fraktionspolitik an einer Sitzung in Amersfort teilgenommen habe; seine Freunde hätten erst durch Künstler erfahren, dass eine solche Besprechung stattgefunden haben soll.

Schluss 17 Uhr 30. Weiterberatung Mittwoch=Vormittag 9 Uhr.

Blossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Politischer Skandal in Wilhelmshaven.

SPD. In der preussischen Kriegshafenstadt Wilhelmshaven herrscht beim reaktionären Bürgertum helle Empörung über die Schaffung einer Friedrich-Ebert-Strasse. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Mai hat aus Anlass des letzten Verfassungstages die Königstrasse in Friedrich-Ebert-Strasse umbenannt. Das geschah, nachdem vorhergegangene Verhandlungen mit der Stadtverwaltung erfolglos verliefen, weil die Magistratsbürokratie Straßen zur Umbenennung vorschlug, die nach ihrer Lage und ihrem Aussehen nicht geeignet waren, den Namen des ersten Reichspräsidenten zu tragen. Und obwohl man vor Jahr und Tag schnell wie der Blitz aus einer Wallstrasse eine Hindenburgstrasse machte und obgleich ferner die genannte schlichtweg Königstrasse heisst, nicht aber König-Wilhelm-Strasse oder ähnlich "historisch" - man erregte sich mächtig ob der Aktion des Polizeipräsidenten. Das geht nun schon durch über ein halbes Dutzend Bürgervorsteher Sitzungen. Proteste wurden losgelassen und Beschwerden bei den vorgesetzten Instanzen angebracht. Überall fiel die Stadt herein. Vom Regierungspräsidenten in Aurich gings über den Oberpräsidenten Noske in Hannover bis an den Innenminister Severing in Berlin. Auch er verfügte jetzt, dass die Friedrich-Ebert-Strasse bleiben müsse, Nun sollte endlich die Stadt Strassenschilder anbringen. 600 Mark kosten diese. In der Bürgervorsteher Sitzung wurden sie abgelehnt. Die Angelegenheit, die jetzt eine des preussischen Innenministeriums geworden ist, soll durch ein Verwaltungsstreitverfahren bis vor dem Obergericht in Berlin ausgetragen werden. Dabei sitzen zahlreiche preussische Beamte im Wilhelmshavener Magistrat und Bürgervorsteherkollegium. Das Bezeichnende an dieser schäbigen Politik ist, dass man es bei Wilhelmshaven mit einer Stadt zu tun hat, die bei jedweder Gelegenheit an den Türen der Reichs- und Staatsstellen in Berlin anknüpft und um Unterstützung; und weitgehende Hilfe ersucht, weil man ja Traditionen als Stadt der einstigen Kaiserlichen Marine hat!

Moderner Sklavenhandel.

Der kapitalistische Geist der bestehenden Wirtschaftsordnung macht sich gerade gegenwärtig wenig Mühe, sein wahres Gesicht zu verbergen. In Deutschland marschieren die wirtschaftliche mit der politischen Reaktion Arm in Arm und sie treten beide so betont und anspruchsvoll auf, dass man glauben könnte, sie seien Herr der Lage. So weit ist es nun glücklicherweise doch nicht. Es ist aber immerhin interessant, zu sehen, wie ungeniert die reaktionären Geister sich heute an die Öffentlichkeit wagen. Ein Schulbeispiel liefert eine Anzeige in der Textil-Zeitung vom 24. Mai 1931. Diese Ausgabe des Blattes der Textilbarone bringt folgende Anzeige:

"Schönes Fabrikantenwesen, besonders für Textil, nahe Wien, eigene Wasserkraft, 2000 qm lichter Arbeitsraum, 1,2 ha Areale, schlossähnliches Herrenhaus, Arbeiter-Wohnhäuser, stark. fabrikgewandte, gutartige, billige Arbeiter, unter halbem Schätzungswert zu verkaufen. Näheres beim Besitzer J. v. Gall Wien 13, Hochsatzengasse 32."

In seiner sprachlichen Fassung klingt dieses famose Angebot wahrlich nicht anders, wie der Ausruf auf einem Sklavenmarkt. "Schönes Fabrikantenwesen mit billigen Arbeitern" unter halbem Schätzungswert, da werden die Bewerber laufen. Interessant wäre nur noch zu erfahren, was der Inserent unter "gutartigen Arbeitern" versteht, die vom schlossähnlichen Herrenhaus aus befehligt werden sollen.

Vom Hakenkreuzchristentum.

Auf dem Kolonialkriegertag in Bautzen im Hofe der Infanteriekaserne, an dem die Militärvereine des Kyffhäuserbundes, die faschistischen "Vereinigten Vaterländischen Verbände" die Offiziersverbände, der Stahlhelm teilnahmen, die Reichswehrkapelle mitwirkte und das Reichswehr-Offizierkorps dienstlich vertreten war, hielt der Nazipfarrer und Garnisongeistliche Pastor Berg eine Rede, durch die die Gedenkfeier zu einer wüsten Hetzveranstaltung wurde. Nach dem Bericht der deutschnationalen Bautzener Nachrichten lautete der Hauptteil der hasserfüllten Predigt :

"Wie wir an keiner Front mit den Waffen besiegt wurden, so ist auch v. Lettow-Vorbeck nicht besiegt worden.... Womit können wir unsere zwei Millionen toten Helden ehren? Nur durch die einzige Ehrung: dass wir wieder ihres Geistes werden und wir wieder leben für die Fahne, unter der jene starben. Die Toten ruhen nicht, sie sind solange um uns, bis wir wieder das Deutschland haben, für das sie ihr Leben opferten. Das alte Deutschland war tausendmal sauberer, tausendmal gerechter als das Gebilde, das die Nutzniesser der Revolution uns beschert haben.

Es geht eine gewaltige Unruhe durch unser Volk. Die äussere Ursache ist die abgrundtiefe Not, in die unser Volk geraten ist. Die innere Unruhe jedoch ist die Frage unserer toten Helden: "Was habt Ihr aus dem Deutschland gemacht, für das wir stritten und gefallen sind? Bei uns wird nicht nach den Notwendigkeitendes Volkes regiert; mit einem Auge sieht man auf das Ausland, mit dem anderen schielt man nach der Gasse, auf die Massen. So ist es gekommen, dass man Notverordnungen machte gegen diejenigen (der Pastor meint die Nazi), die ihr Vaterland lieben und ev. bereit sind, für es zu sterben, dass man sie verfolgte und in die Gefängnisse warf. Aber Deutschland erwacht und fühlt sich verbunden mit den zwei Millionen Kameraden, aus deren Vaterland ein solches geworden ist, in dem die Korruption gross ist, Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden und russische Zustände herrschen."

Die Rede des Nazipastors ist ein bezeichnendes Beispiel faschistischer Frechheit. Man wundert sich, warum nicht die Reichswehrkapelle und die Reichswehrabordnung sofort die Feier verliessen und warum die einschlägigen Reichswehrbehörden nicht schon längst eingeschritten sind gegen diesen Prediger des Bürgerkrieges.

Italien - gestrichen.

Während des Breslauer Stahlhelmtages sprach der Stahlhelmführer Düsterber über den Vertrag von Versailles und seine Folgen für Europa. Pathetisch rief er aus: "In Litauen und Polen, in der Tschechoslowakei, in Italien, Frankreich Belgien und Dänemark schmachten deutsche Minderheiten unter fremder Willkür." So sollte er ursprünglich ausrufen und der noch vor der Rede vorbereitete Abdruck seiner Rede für die Presse enthielt auch diesen Satz einschliesslich Italien. In der Rede aber liess Düsterberg das Wort Italien weg und in dem für die Presse bestimmten Abdruck wurde das Wort Italien säuberlich von der Stahlhelmpressestelle mit Bleistift ausgestrichen!

Die Brüning-Selters.

Eine Mineralwasserfirma verschickt ihre Preislisten mit einem aufgeklebten kleinen Zettel, auf dem zu lesen steht: "Preise mit jeweils demselben Nachlass, den die Reichsregierung für die Gehälter vorsieht."

Aus aller Welt

Die Messe der Edisons.

Besuch auf der Berliner Erfinder - Ausstellung.

SPD.Schnell und gründlich haben sich die Menschentypen in den Jahren nach dem Krieg gewandelt: der zerstreute Professor ist zum weltgewandten Wissenschaftler geworden, die alte Jungfer zur geschickten Sekretärin, der stille Dichter zum fixen Reporter. Auch vom traditionellen Typ des Erfinders ist nicht viel übrig geblieben; der Perpetuum-mobile-Bastler scheint ausgestorben zu sein. Eine junge Generation von Edisons ist herangewachsen, flinke Konstrukteure mit flinken Gedanken und geschulten Fingern, ohne weltumstürzende Utopien aber mit scharfem Sinn für die kleinen Erfordernisse des Alltags.

Auch der Erfinder hat, wie jeder Berufskollege unserer Zeit, seinen "Reichsverband", der seine Interessen vertritt und ihm die Wege zum Erfolg ebnet; der stets von neuem den Kampf gegen den Diebstahl geistigen Eigentums, gegen unlauteren Wettbewerb, vor allem aber gegen den professionellen Ausbeuter führt, den Ausbeuter der Unkenntnis, des Optimismus, der Leichtgläubigkeit. Es ist sicherlich ein harter Kampf, denn wohl auf keinem anderen Berufsgebiet wird der Arbeitende so oft und so leicht um Werk, Geld und Zeit betrogen; fast täglich ereignet sich der Fall, dass ein Erfinder zu irgendeiner von vornherein verlorenen "Interesseneinlage" verführt wird oder dass die Früchte seines Schaffens mühelos einem skrupellosen Brandschatzer in den Schoss fallen.

Noch wichtiger als diese Arbeit der Aufklärung und Abwehr ist für den Erfinder die ständige Ausstellung, die sein Reichsverband unterhält. Ihr Hauptsitz ist in Berlin, aber auch in anderen Städten des In- und Auslandes werden kleinere oder grössere Messen veranstaltet, die Hunderte von Neuheiten aller Gebiete zur Schau stellen, um den Fabrikanten zum Ankauf der patentierten oder geschützten Artikel zu bewegen. Im Berliner "Haus der Technik" hat sich diese Schau niedergelassen, die auch der Laie und Nichtkäufer mit Interesse besichtigt.

Wer eine Messe der technischen Sensationen erwartet, wird enttäuscht sein. Was heute erfunden wird und Aussicht auf Erfolg hat, ist Praktisches. Alltägliches, Einfaches. Man erblickt keine komplizierten Fantasiekonstruktionen und keine technischen Ungetüme: der tägliche Bedarf entscheidet über den Weg, den der Erfindergeist einzuschlagen hat,

Wir sehen eine Sicherung für Brieftaschen gegen Diebstahl neben einem Liliput-Eisschrank für Kleinstwohnungen; Wochenendler entdecken eine Faltdgießkanne, Skatbrüder einen Kartengebe-Anzeiger, Wirtshausgäste einen leuchtenden "Kellner-Winker". Auch die hohe Kriminalistik unserer Zeit hat hier ihren Niederschlag gefunden; es gibt den Revolver mit Zielbeleuchtung, das Türschloss, das bei der leisesten Berührung ein Boschorn ertönen lässt, eine schussichere Kabine für Banken, die vor dem Schalter des Kassierers aufgestellt wird und nötigenfalls - unter Nebelgas gesetzt werden kann, wenn der Besucher unfriedliche Absichten zeigt.... Das Flugzeug-Auto ist in neuester Konstruktion ausgestellt, und für Wassersportler ist ein Boot bestimmt, das nicht mit Rudern, sondern durch Trethebel und Wasserschraube fortbewegt wird. Eine mit Radioapparat und Lautsprecher kombinierte Uhr ist zu sehen, die nur 59 Mark Ladenpreis kosten soll; daneben wird der auswechselbare Absatz für Schuhe angepriesen. Besonders erfinderische Anregungen scheint das häusliche Milieu zu geben und der Ausstellungsleiter versichert uns, dass auf diesem Gebiet die Frauen

als Erfinder mit sicherem Blick für die Praxis bewährt haben. Der vierteilige Kochtopf, der ein komplettes Mittagessen auf einmal bereitet, legt Zeugnis davon ab; ebenso der selbsttätige Bratenbegiesser und der durch laufendes Wasser statt durch Eis gekühlte Vorratsschrank. Den Automobilisten wird die unbegrenzt federnde Stoss-Stange interessieren, die einen Zusammenstoss direkt zum Vergnügen machen dürfte, da das angefahrene Hindernis automatisch durch kleine Rollen beiseitegeschoben werden soll. Für den Berufs- und Amateurfotografen ist ein neuer Apparat bestimmt, mit dem man vier verschiedene Bilder auf die gleiche Platte bringen kann, ohne dass ein unentwirrbares Durcheinander entsteht. Ladengeschäfte können die Zange zum Herausnehmen von Gegenständen aus dem Schaufenster gut gebrauchen, ebenso den Kipp-Zahlsteller, der das einkassierte oder herausgegebene Geld sanft in die Hand seines Besitzers gleiten lässt.

Und doch wird immer noch nicht genug erfunden, Der Erfinder-Reichsverband bekommt viele Anfragen, besonders aus dem Ausland, und kann sie oft nicht sofort befriedigen. So verlangt zum Beispiel Australien Vertilgungsmittel für Kaninchen und - Kakteen; andere Interessenten sehnen sich nach einem "absturzsicheren Flugzeug" oder einer Vorrichtung zur Verhütung von Unfällen an ungesicherten Bahnübergängen. Auch diese Aufgaben werden sicherlich erfüllt werden, wenn es auch immer Unzufriedene geben wird, die vom Erfinder Unmögliches fordern. Schliesslich hat schon Goethe resigniert die Unvollkommenheit dieser Welt be-
dichtet, in der so viele Wünsche unerfüllt bleiben müssen:

"Ein Hündchen wird gesucht,
das weder kratzt noch beisst,
das Glas und Scherben frisst
und Diamanten sch....."

Ela.

+ + +

Ehrenmalweihe. Am Dienstag Mittag wurde in Berlin das dem Gedächtnis der Kriegstoten gewidmete Ehrenmal der Preussischen Regierung feierlich eingeweiht. Die Neue Wache Unter den Linden, einstmals von Schinkel erbaut, erhielt durch den Architekten Heinrich Tessenow ein neues, ernstes Gesicht. In seiner Weiherede betonte der preussische Ministerpräsident Otto Braun, dass das Ehrenmal der Preussischen Regierung als ein Heiligtum des deutschen Volkes stets das Gedenken an die zwei Millionen Söhne Deutschlands lebendig halten solle, die für den Gedanken und für die Rettung des Vaterlandes unerhörte Blutopfer brachten, wie sie der Gang der Geschichte niemals wieder fordern möge. - Anschliessend nahm Reichswehrminister Dr. Groener das Wort, nach ihm Reichspräsident von Hindenburg. Beide legten Kränze nieder. Während der Feuerlichkeit feuerte die 13. Batterie des dritten Artillerie-Regiments einen Ehrensalm ab. Ausserhalb des Absperrungsgebietes standen Zehntausende.

+ + +

Uralzeff-Enthüllungen. Im Dresdener Uralzeff-Prozess kam in der Dienstag-Sitzung zum ersten Male ausführlich das leichtfertige Verhalten der Berliner Raiffeisenbank-Direktoren zur Sprache. Als ein Dresdner Fabrikant um das an Uralzeff verliehene Geld besorgt war, hatte ihn der Hauptangeklagte in Berlin den Raiffeisenbank-Direktoren Krause und Dr. Lange vorgestellt. Krause sagte damals zu dem Dresdner Fabrikanten, er solle sich doch "wegen der paar Mark" nicht so haben - immerhin handelte es sich aber um 600 000 Goldmark! Ein anderer Trost Krauses: "Was glauben Sie wohl, was Herr Uralzeff bei uns für einen Kredit genießt!" Krause wurde auch als Zeuge vernommen. Als er gefragt wurde, wie das Konto Uralzeffs bei Raiffeisen gelautet habe, schweigt er längere Zeit und stottert dann: "Ja, ich kann mir doch nicht jedes Konto merken." Aber der Vorsitzende weiss Bescheid. Seine Aufzählung hilft nach: Konto Orion, Konto Ostwolle, zwei Konten Uralzeff, Geheimkonto Dr. Lange-Krause.

Ausführliche Erörterungen gibt es dann noch um ein Darlehen von 85 000 Mark, die Krause von Uralzeff als Darlehen erhalten hatte und die merkwürdiger-

weise an die Raiffeisenbank zurückgezahlt wurden, nicht aber an Uralzeff. Der Hauptangeklagte fühlt sich um diese Summe betrogen. Aber Herr Krause meint: "Das Geld stammt wohl doch von der Raiffeisenbank." Und sehr interessant ist auch die Methode, aufgrund deren Uralzeff einmal einen Kredit in Höhe von 2 Millionen Mark von der Raiffeisenbank gewährt wurde. Ein Pfarrer Doyé, der im Aufsichtsrat sass, galt als grosser Graphologe: als er Uralzeffs Handschrift sah, gab er sein Gutachten ab: der ist ein ehrlicher Mensch, der kriegt Kredit...

+ + +
Geheimnis um "No.13." Ein in den Annalen der Justiz einzig dastehender Fall beschäftigt zurzeit das Zivilgericht der Stadt Rodez in Südfrankreich. Eine Witwe M. hat gegen das Pensionsministerium einen Prozess angestrengt, mit dem sie bezweckt, auf gerichtlichem Wege feststellen zu lassen, dass ein im Irrenhaus von Rodez internierter Soldat ihr Sohn ist. Um diesen unglücklichen Soldaten streiten sich nämlich nicht weniger als 15 Familien, da er selbst seinen Namen und seine Herkunft vergessen hat. Der Unbekannte war im Krieg gefangen genommen worden und kehrte vollkommen geistesgestört Anfang 1918 mit einem Gefangenentransport nach Frankreich zurück. Da er keine Ausweispapiere besass, wurde er unter der "Nummer 13" in die Irrenanstalt von Bron bei Lyon eingeliefert. Von dort kam er später in eine ähnliche Anstalt von Clermont-Ferrand, während das Kriegsministerium sich bemühte, mit Hilfe seiner Fotografie seine Identität festzustellen. Schliesslich meldete sich eine Frau Vayssettes aus Rodez, die in dem Unbekannten ihren im Jahre 1915 als verschollen gemeldeten Sohn erkennen wollte, und der Soldat wurde unter dem provisorischen Namen Mangin in die Irrenanstalt von Rodez überführt. Es tauchten aber bald Zweifel an der Identität des Kranken auf und mit der Zeit erhoben 14 weitere Personen und Familien auf ihn Anspruch. Unter ihnen befindet sich die Klägerin Frau M. die an Hand von Jugendfotos und mit Hilfe besonderer körperlicher Kennzeichen zu beweisen sucht, dass der Unbekannte wirklich ihr Sohn ist. Bisher hat sich das Gericht über diesen schwierigen Fall noch nicht ausgesprochen.

+ + +
Explosion: sieben Tote. In Damaskus wurden durch die Explosion einer in einer Höhle gefundenen Bombe sieben französische Soldaten getötet und drei schwer verletzt.

+ + +
Segelflieger über Berlin. Der Darmstädter Segelflieger Fuchs kreuzte wiederholt in längeren Segelflügen mit seinem Flugzeug "Starkenbourg" über Berlin und erreichte über dem Zentrum eine Höhe von 1 000 Metern. Mit Fuchs befindet sich ein grosser Teil der Segelfliegergruppe Darmstadt zurzeit in der Reichshauptstadt. Der Zweck der Flüge ist der Nachweis, dass Segelflüge von längerer Dauer nicht nur über Flachland oder Gebirge, sondern auch über Grosstädten möglich sind. - Am Dienstag Nachmittag landete das Segelflugzeug "Starkenbourg" nach 2 1/2 stündigem Segelflug ab Berlin in Frankfurt a.O.

+ + +
Der Blitz im Weinberg. Auf einem Weinberg bei Edesheim in der Pfalz wurden während eines Gewitters eine 32 jährige Winzerin und ein 16 Jahre alter Winzer vom Blitz getötet. Vermutlich zogen die aus Messing und Kupfer hergestellten Vitriolspritzen, die die beiden Verunglückten auf ihrem Rücken trugen, den Blitz an.

+ + +
Tornado. In der Nähe von Moorhead (Minnesota USA) warf ein Tornado einen Eisenbahnzug aus den Schienen: ein Toter, 30 Verletzte.



Kassen und Aerzte.

Die Beitragseinnahmen sinken, aber nicht die Honorare.

SPD. Die Krankenkassen-Spitzenverbände haben an den Reichsarbeitsminister das Ersuchen gerichtet, so rasch wie möglich eine Senkung der Ausgaben für ärztliche Behandlung herbei zu führen. Trotz erheblichen Rückganges der Zahl der Krankheitsfälle hätten es die Aerzte verstanden, sich ihre frühere Einnahme aus der Kassenpraxis zu erhalten. Die Krankenkassen hätten aufgrund der Notverordnung die Beiträge erheblich gesenkt, um die Wirtschaft zu entlasten. Dieser Zweck der Notverordnung sei gefährdet; denn die meisten Krankenkassen stünden vor der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, weil sie nicht mehr in der Lage seien, mit den durch die Herabsetzung des Beitragssatzes, durch Abbau der Löhne und durch Einführung der Kurzarbeit erheblich zurückgegangenen Beitragseinnahmen die Ausgaben zu decken. Die Anträge der Spitzenverbände beim Preussischen Wohlfahrtsminister auf Senkung der Mindestsätze der preussischen Gebührenordnung hätten zu keinem Erfolg geführt. Die finanzielle Lage der Kassen habe sich aber derart zugespitzt, dass ihnen unter allen Umständen eine Erleichterung verschafft werden müsse. Das sei nur noch möglich durch eine Herabsetzung der Einkünfte der Kassenärzte. -

Der Reichsausschuss für Aerzte und Krankenkassen, der vor kurzem nach einjähriger Pause wieder zusammengetreten ist, hat beschlossen, einen Planwirtschaftsausschuss, bestehend aus drei Aerzten- und drei Kassenvertretern, einzusetzen, um die erforderlichen Vorarbeiten für eine Planwirtschaft des ärztlichen Dienstes zu erledigen. Angenommen wurde ferner auf der Tagung des Reichsausschusses - auf Antrag der Aerzte - eine Entschliessung, worin Reichsländer und Selbstverwaltungskörperschaften aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass die von ihnen festangestellten Aerzte, die ein regelmässiges Dienst-einkommen über eine bestimmte Höhe hinaus beziehen, für die Dauer dieses Einkommensbezuges keine Kassenpraxis ausüben dürfen. Der Antrag der Kassen-Spitzenverbände, die beschränkt freie Arztwahl als das allgemein gültige Arztsystem einzuführen und überhaupt das Selbstbestimmungsrecht der Kassen in der Arztfrage wieder herzustellen, wurde an den engeren Reichsausschuss zur Beratung verwiesen.

Die Frage der Zulassung ausländischer Aerzte in den Grenzbezirken will man durch örtliche Arztverträge so regeln, dass gegen eine gelegentliche Tätigkeit solcher Aerzte für Mitglieder deutscher Krankenkassen nichts eingewendet werden soll, falls die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Eine förmliche Zulassung nach deutschem Recht wurde nicht als erforderlich bezeichnet.

SPD. Die Forderung des Arbeitgeberverbandes Nordwest, sämtlichen Tarifverträgen von Gesetzes wegen einen Lohnspielraum zu geben, sodass die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten könnten, wird auch in der bürgerlichen Presse, soweit sie im demokratischen Lager steht, scharf zurückgewiesen. So schreibt die Vossische Zeitung: "Das also ist der Vorschlag von Nordwest: Zerschlagung des Tariflohnsystems, Umgehung der Unabdingbarkeit durch Einschaltung eines "Spielraums", von dem man als einigermaßen sicher annehmen

kann, dass er unter den gegenwärtigen Verhältnissen in erster Linie nach der unteren Grenze zu ausgenutzt werden würde. Das ist alles, was einer der stärksten und, man kann sagen, der repräsentative deutsche Arbeitgeberverband zur Ueberwindung einer Krise, die nicht nur die Eisen- und Stahlindustrie, sondern das ganze Volk, die ganze Welt an dem Lebensnerv getroffen hat, vorzuschlagen weiss. Kein Wort von Reformen im eigenen Hause, von Anstrengungen, die vielleicht gemacht werden könnten, um von zu hohen Bilanzkapitalien oder zu hohen Kapazitäten herunter zu kommen."

Das "Berliner Tageblatt" bemerkt: "Dieser Vorschlag bedeutet nichts anderes, als dass die Löhne allgemein um einen gesetzlich zu bestimmenden Prozentsatz herabgesetzt werden sollen. Denn bei der heutigen Arbeitsmarktlage würde es bei Freigabe der Lohnverhandlung natürlich jedem Betrieb ohne Schwierigkeiten gelingen, seiner Arbeiterschaft die Lohnbedingungen zu diktieren. Der Vorschlag ist vor allem deshalb vollkommen indiskutabel, weil er die Gewerkschaften entrechten und ähnliche Zustände schaffen würde, wie in der "guten alten Zeit", in der die Arbeiterschaft noch kein koalitionsrecht hatte. Aehnlich sieht Mussolinis Sozialpolitik aus. Die Schwerindustrie will offenbar auch in dieser Hinsicht den Weg zum Faschismus weisen."

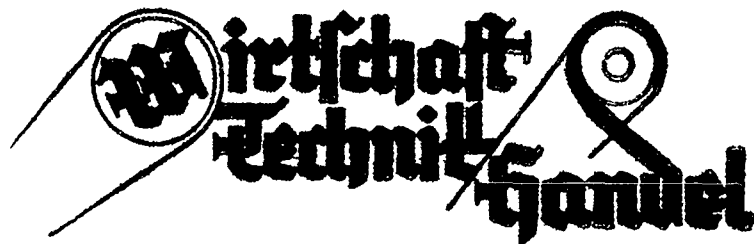
Die Frage der Nordwestlichen, was aus der Kombination von Kostenabbau und Preisabbau im Interesse der Wirtschaftsbelebung geworden sei, beantwortet "Der Deutsche", das dem Reichsarbeitsminister nahestehende Organ der Christlichen Gewerkschaften folgendermassen: "Es wurde daraus ein allgemeiner von den staatlichen Schlichtungsinstanzen durchgeführter Lohnabbau, es wurde daraus ein unerhört willkürlicher und scharfer Abzug der Akkordlöhne und Leistungszulagen es wurde daraus in fast allen Wirtschaftszweigen ein Abbau der Angestelltgehälter, der sich in sehr vielen Fällen über jede tarifliche Bindung hinwegsetzte und der nach dem "Vogel=friss=oder=stirb"-System gehandhabt wurde, es wurde daraus ein schwerer, oft erfolgreicher Druck auf die Urlaubsvergünstigungen und sozialen Zulagen".

"Der Deutsche" nennt die nordwestlichen Schwerindustriellen "Die Unbelehrbaren". Er hat recht; es hat keinen weck, sich mit diesen Leuten auseinander zu setzen. Sie werden nur durch Schaden klug werden.

SPD. Die staatliche Luitpoldhütte in Amberg, neben der Maxhütte in Rosenberg der einzige Betrieb mit Hofofen in Eisenerzeugung in Bayern wird ab 1. Juli nahezu völlig stillgelegt. Die Stilllegungsanzeige wurde bei der Regierung der Oberpfalz bereits eingereicht; sie ist damit begründet, dass durch Auftrags- und Absatzmangel die Lagerbestände ausserordentlich angewachsen sind. Von der Belegschaft des Werkes, die gegenüber der Vorkriegszeit schon von 2700 auf 1200 Mann eingeschränkt war, bleibt kaum der zehnte Teil zur Ausführung der notwendigen Interhaltsarbeiten, des Versands und der etwa anfallenden Bestellungen im Betrieb.

Die Stadt Amberg wird von dieser Massnahme schwer betroffen, da mit dem 1. Juni der Betrieb der Deutschen Präzisionswerkzeug-A.G. (die frühere Gewehrfabrik) vollständig stillgelegt worden ist und eine der grössten bayerischen Baufirmen, die in Amberg ihren Sitz hat, nur mehr 500 Arbeiter gegenüber 2600 beschäftigt.

SPD. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich hat in der letzten Woche weiter abgenommen. Zur Zeit beziehen nur 42 823 Arbeitslose staatliche Unterstützung, d.h. 2469 weniger als in der vorletzten Woche.



Stillstand bei Wüstenrot.

(Mangelnde Publizität - Vertrauenskrise - Riesengewinne.)

SPD. Die grösste, als erste kollektive Bausparkasse in Deutschland 1924 ins Leben gerufene Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot (G.d.F.), nach deren Muster die meisten privaten Bausparkassen gegründet wurden, veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930.

Wenn einer der bekanntesten Anhänger des Bausparkassengedankens, der Bau- rat Weiss, 1928 von dieser Kasse sagen konnte "Sie flunkert mit Zahlen in einer Weise, die geeignet ist, ihre Bausparer dauernd in Täuschung zu halten", so muss man jetzt feststellen, dass die G.d.F. ihre in den Vorjahren schärfstens kritisierte unzulängliche Berichterstattung nur um weniges verbessert hat.

Eine Beurteilung ihrer Entwicklung in dem Krisenjahr 1930 im Vergleich zu den Vorjahren wird dadurch sehr erschwert, dass die Zahlen über das zum 1.1.30 ausgegliederte österreichische Geschäft, das jetzt von einer Tochtergesellschaft mit dem Sitz in Salzburg betrieben wird, nur in wenigen Positionen mit angeführt sind. Während in dem Geschäftsbericht für 1929 55 325 Bausparer in Deutschland und Oesterreich ausgewiesen wurden, wird jetzt nur die Zahl der deutschen Bausparer - 45 491 für den 31.12.1930 - genannt. Die Zahl der Bausparer, die ihre Verträge aufgegeben haben und die für das Vorjahr mit 7,4 % des Vertragsbestandes beziffert wurden, sucht man in dem diesjährigen Geschäftsbericht vergebens. Sie kann jedoch nach den Angaben der G.d.F. für die Halbjahrsberichte der Deutschen Bau- und Bodenbank annähernd ermittelt werden. Danach betrug die Zahl der Bausparer bei der G.d.F. (in Deutschland und Oesterreich) am

<u>31.12.1928</u>	<u>31.12.1929</u>	<u>31.5.1930</u>	<u>31.12.1930</u>
45 232	57 400	58 771	57 600.

Die von Sachkundigen seit langem vorausgesagte rückläufige Bewegung hat also bereits eingesetzt. Da nach den Angaben der Kasse im Berichtsjahre allein in Deutschland 7 503 Bausparer neu angeworben wurden, so muss eine noch grössere Anzahl alter Bausparer (schätzungsweise 18-20 %) ihre Verträge rückgängig gemacht haben. Das ist ein wichtiges Symptom nicht nur dafür, dass viele Bausparer die bei Vertragsabschluss unterschätzten Bausparverträge in der Wirtschaftskrise nicht mehr weitertragen können, sondern auch ein Zeichen der tiefgehenden Vertrauenskrise unter den Bausparern, die in ihren Hoffnungen auf baldige Zuteilung eines billigen Eigenheimkredits zwangsläufig getäuscht werden mussten. Von den 45 491 reichsdeutschen Bausparern der G.d.F., die bisher insgesamt rund 136 Mill. RM Spareinlagen aufbrachten, erhielten bisher nur 8 421 ihr Bauspardarlehen zugeteilt. Das sind nur 18,5 % des Gesamtbestandes. Die übrigen - unter ihnen 7 547, die seit 1924/25 warten - tragen das Risiko, bis zu 28 Jahren auf die Zuteilung warten zu müssen.

Eine tabellarische Aufgliederung der zugeteilten G.d.F.-Bausparer nach der Einwohnerzahl ihrer Wohnorte zeigt, dass 93,18 % der zugeteilten Sparer aus Orten unter 20 000 Einwohner stammen. Sie bewies damit zugleich, wie gering die Bedeutung der Bausparkassen für den Kampf gegen die Wohnungsnot der gross- und mittelstädtischen Bevölkerung ist.

Auch der diesjährige Bericht der G.d.F. zeigt anschaulich, dass der Betrieb einer Bausparkasse ein aussergewöhnlich gutes Geschäft - für ihre Gründer ist.

Bei einem Gesellschaftskapital von nur 110 000 RM erzielte die G.d.F. 1929 einen Gewinn von 867 500 RM. 1930 brachte das deutsche Geschäft dieser "gemeinnützigen" Gesellschaft 607 377 RM ein, die taktvoll als Zuweisungen an die Rücklage ausgewiesen werden. Die Gewinne erlaubten der G.d.F. ausserdem, einen riesigen Verwaltungspalast in Ludwigsburg zu errichten, der unter den nach "ausreichenden Abschreibungen" mit rund 1 250 000 RM ausgewiesenen gegenüber dem Vorjahre um 915 000 RM erhöhten Betriebsanlagen erscheint. Die Werbekosten, zu denen noch 1 360 000 RM Verwaltungskosten kommen, haben sich gegenüber 1929 mehr als verdoppelt. Sie stiegen von rund 529 000 RM auf rund 1 081 000 RM. Die Riesengewinne und die grosszügigen Geschäftsspesen der Gemeinschaft der Freunde, die ja die Bausparer aufbringen müssen, beweisen den Bausparinteressenten, dass kollektive Bausparkassen alles andere sind als für den Sparer billige Spareinrichtungen.

Dr. Karl Brockschmidt.

SPD. Die sich jedesmal gegen Ende des Monats häufenden Zahlungsverpflichtungen hat die deutsche Wirtschaft für Ende Mai mit einer verhältnismässig geringen zusätzlichen Beanspruchung des Reichsbankkredits überwunden. Der Reichsbankkredit wurde in der Woche zum 30. Mai um 486 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen, wodurch sich der gesamte von der Reichsbank gewährte Kredit auf 2086,3 Millionen Mark steigerte. Ende April betrug die zusätzliche Beanspruchung 554,7 Millionen Mark (Steigerung auf 2 250,4 Millionen Mark). Die Bestände an Handelswechseln und Schecks erhöhten sich um 360,9 Millionen Mark auf 1 791,4 Millionen Mark. Im Vormonat betrug die Steigerung 359,4 Millionen Mark auf 1 815,6 Millionen Mark. Reichsschatzwechsel werden mit 25 Millionen Mark ausgewiesen gegenüber 44,8 Millionen Mark im Vormonat.

Die Gold- und Devisenbestände haben sich in der Woche zum 30. Mai weiter gesteigert und zwar die Goldbestände um 19,9 Millionen Mark auf 2 390,3 Millionen Mark und die Bestände an Deckungsdevisen um 10,4 Millionen auf 186,2 Millionen Mark.

Nimmt man den ganzen Monat Mai unter die Lupe, dann ergibt sich eine Steigerung der Goldbestände um etwa 22 Millionen Mark und eine Steigerung der Devisenbestände, d.h. der Bestände an Devisen, die zur Notendeckung herangezogen werden, um 29 Millionen Mark. Die Gold- und Devisenbilanz schliesst also im Monat Mai mit einem Überschuss von 51 Millionen Mark zugunsten der Reichsbank ab. Die günstigere Entwicklung dürfte zum Teil auf die Überschüsse in der Handelsbilanz zurückzuführen sein. Wie weit Zufluss an Auslandsgeldern daran beteiligt ist, der ohne Zweifel vorliegt, lässt sich zahlenmässig nicht feststellen.

Berliner Viehmarkt.

(2. Juni 1931)

SPD. Auf dem Kälber- und Schweinemarkt gab es stärkere Preiseinbussen, weil der Auftrieb zu reichlich war. Preisgewinne wurden auf dem Hammelmarkt erzielt.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 41 - 42 (46-47), b) 240-300 Pfd. 41-42 (47), c) 200-240 Pfd. 41-42 (46-47), d) 160-200 Pfd. 38-40 (44-46), e) 120-160 Pfd. 35-37 (42-43). Sauen: 37-38 (42.). Kälber: b) 58-66 (65-75), c) 40-56 (48-65), d) 25-38 (35-45). Kühe: a) 31-35 (32-38), b) 25-30 (26-31), c) 20-24 (21-25), d) 15-18 (17-20). Schafe: a) 45-49 (43-46), b) 43-45 (40-42), c) 35-40 (32-38), d) 26-32 (26-29).

Abschläge bei Weizen grösser als bei Roggen.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnten sich am Dienstag nur die Notierungen für Herbstlieferung bei beiden Brotgetreidearten behaupten. Dabei war das Angebot knapp und die Umsätze blieben klein. In effektivem Weizen war die Kauflust der Mühlen sehr gering, da bei dem schlechten Mehlgeschäft kein Bedarf bestand und die Mühlen anscheinend noch gut versorgt sind. Auch zu um 2 Mark niedrigeren Preisen zeigte sich nur wenig Kauflust. Beim Roggen war die Lage ähnlich, jedoch gingen hier die Preise für effektive Ware nur um 1 Mark zurück. Der Mehlmarkt blieb leblos. Weizenmehl war um 25 Pfennig billiger, Roggenmehl unverändert angeboten. Hafer hatte sehr ruhigen Markt bei nur wenig, eher nach unten veränderten Preisen.

	1. Juni	2. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	270 - 272	268 - 270
Roggen	197 - 199	196 - 198
Futter- und Industrieroggen	216 - 233	216 - 233
Hafer	185 - 189	182 - 187
Weizenmehl	32,75 - 38,00	32,75 - 38,00
Roggenmehl	26,50 - 28,25	26,50 - 28,25
Weizenkleie	14,75 - 15,00	14,60 - 14,80
Roggenkleie	14,00 - 14,40	14,00 - 14,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 282 (Vortag 283 $\frac{1}{2}$), September 239 - 240 (239 $\frac{1}{4}$), Oktober 239 - 240 (240). Roggen Juli 193 - 193 $\frac{1}{2}$ - 193 (193), September 185 und Geld (184 $\frac{3}{4}$), Oktober 185 - 185 $\frac{1}{2}$ (186). Hafer Juli 194 - 195 - 194 $\frac{3}{4}$ (195), September 186 und Brief (167 $\frac{3}{4}$), Oktober 169 - 168 (169).

Raufutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RH	0,60 - 0,75
" " Weizenstroh	RH	0,55 - 0,65
" " Haferstroh	RH	0,60 - 0,70
" " Gerstenstroh	RH	0,55 - 0,65
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RH	0,90 - 1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RH	0,75 - 0,95
" " Weizenstroh	RH	0,55 - 0,75
Häcksel		Tendenz still
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RH	1,90 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken	RH	2,25 - 2,65
Thymothee, lose	RH	3,25 - 3,40
Kleeheu, lose	RH	3,20 - 3,50
Drahtgepresstes Heu	RH	0,30 über Notiz.

Tendenz stetig.